Einzelpreis 30 Pf. Halle, Montag, den 10. Mai 1920. 31. Jahrgang • Nr. 108

Volksblatt

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105695. Hermann Schobe

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 3,50 Mk., vierteljährl. 10,50 Mk.; durch die Post bezogen monatl. 3.50 Mk., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 40 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Gegen die Erdrosselung Sowjetrußlands!

Heraus zum Protest!

Wie wir am Sonnabend bereits mitteilten, ruft der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der USP. die arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins zu einer Protestkundgebung gegen die Erdrosselung der Sowjet-Republik auf, die am Dienstag, 11. Mai, nachmittags 5 Uhr im Lustgarten in Berlin stattfinden soll. In dem Aufruf heißt es:

„Die Angelsachsen häufen sich, daß unter Führung Englands sich der eiserne Ring um Sowjetrußland schon in der allernächsten Zeit zusammenziehen soll. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist damit zu rechnen, daß neben Polen auch das Ungarn der Weißen Schreckensherrschaft, daß außerdem Serbien und Rumänien das Kesseltreiben gegen unsere russischen Genossen eröffnen werden. An diesen Treibereien sind auch deutsche Kreise beteiligt. Auch nach dem zusammengebrochenen Baltikumabenteuer schemen deutsche reaktionäre Kreise, zum Teil in amtlichen Stellungen, nicht davor zurück, dieselbe Politik fortzusetzen, die zu diesem verbrecherischen Abenteuer geführt hat. Der frühere finnische Reichsverweser Mannerheim hat sich vor einigen Tagen in Berlin aufgehalten, um den Feldzug gegen den Sozialismus zu organisieren. Auch mit Hilfe der deutschen reaktionären Kreise soll also Rußland in schwere Kämpfe verwickelt werden, die nach der Wertung der imperialistischen Staatsmänner den wirtschaftlichen Zusammenbruch Sowjetrußlands zur Folge haben sollen. Das darf die deutsche Arbeiterschaft nicht zulassen. Jeder Streich, der gegen Sowjetrußland geführt wird, ist ein Faustschlag auch in das Gesicht des deutschen revolutionären Proletariats. Darum auf, zum Protest!"

•

In der Roten Fahne ruft die KPD. ebenfalls zur Veranstaltung von Aktionen im ganzen Reiche für Sowjetrußland auf. Da sie mit ihrer Organisation offenbar zu spät kommt, versucht sie die Protestkundgebung der USP. mit folgender Darstellung zu diskreditieren: „Die Kommunistische Partei ist sogleich am 5. Mai an die USP. mit der Aufforderung herangetreten, eine Demonstration gegen Mannerheim und für Sowjetrußland einzuleiten. Die USP. hatte aber dringenderes zu tun. Sie hat die Aktion auf Dienstag verschoben. Mannerheim konnte ungehindert auf Berliner Boden seine Ränke schmieden. Die Berliner Arbeiterschaft hat dank der unabhängigen Leitung widerspruchslos die Anwesenheit des Schlächters des finnischen Proletariats und eines der Häupter der reaktionären Verschwörung gegen Rußland geduldet."

•

In einer Massenversammlung von Betriebsräten im Zirkus Busch in Berlin sprach am Sonntag ein Vertreter der russischen Sowjetrepublik, Schlapnikow, Mitglied der russischen Gewerkschaftsleitung. Eine Entschließung der Versammlung sprach die Sympathie des deutschen Proletariats für Sowjetrußland aus. Dann sprach Däumig für Sozialisierung und Rätesystem. Zum Schluß Richard Müller für die Einheit des Proletariats durch Zusammenschluß der Betriebsräte, die auch in den politischen Kampf eintreten müßten.

•

Die Polen in Kiew.

Einer neueren Meldung zufolge haben die Polen Kiew inzwischen doch genommen. Die Funkenstation in Krakau nahm unterm 8. Mai angeblich folgenden Funkspruch aus Moskau auf: „Die polnischen Pans haben, nachdem sie die Friedensverhandlungen abgebrochen, eine Offensive begonnen und Kiew eingenommen.

Der sozialistische Londoner Daily Herald meldet, in den Ostindiaen Docks werde der Dampfer John George mit Munition für Warschau beladen. Der dänische Dampfer Neptun sei bereits mit acht großen Flugzeugen für das polnische Heer unterwegs; ein anderes Schiff, das wegen Havarie in den Hafen zurückkehren mußte, sei ebenfalls mit Munition für Polen beladen worden.

Wie der Pester Lloyd aus Bukarest meldet, wird in Rumänien fieberhaft gerüstet. Ein Vertreter des Generals Averescu wird sich nach Warschau begeben, um mit Pilsudski ein Bündnis abzuschließen.

Weitere Erfolge der Russen.

Amsterdam, 8. Mai. Laut Daily News meldet ein Moskauer Funkspruch, daß den Bolschewisten in der Gegend von Baku neben großen Vorräten an Benzin, Gasolin, Schmieröl und Rohöl 400 000 Tonnen Ceresin und 1 850 000 Tonnen Mazut in die Hände fielen.

Der Aufstand in Mexiko.

Der Präsident von Mexiko, Carranza, hat am 5. Mai in einem Manifest bekanntgegeben, daß er sich weigere, von der Präsidentschaft zurückzutreten. Er werde solange kämpfen, bis der Aufstand niedergeworfen sei, und die Präsidentschaft nur einem gesetzmäßig gewählten Nachfolger übergeben. Ferner erklärte Carranza, es sei unmöglich, am 4. Juli die Wahlen abzuhalten.

Nach Nachrichten aus San Antonio in Texas hat General Obregon im Staate Guerrero zum Anschluß an die revolutionäre Bewegung gegen Carranza aufgefordert. Nach einer Havasmeldung aus Nogales in Mexiko soll General Villa sich mit 2000 Mann den Revolutionären von Chihuahua angeschlossen und 10 000 Mann zur Unterstützung von General Obregon zusammengezogen haben.

Carranza geflohen. London, 8. Mai. (Reuter.) Die Blätter melden aus Washington, daß Carranza aus Mexiko-City nach Veracruz geflohen ist.

Eine 13-Milliarden-Anleihe in Amerika.

Einer Meldung des Reuterschen Bureaus zufolge ist man in Amerika jetzt ernsthaft bestrebt, Gelder zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands bereitzustellen. Der republikanische Senator France hat im Repräsentantenhause den Antrag eingebracht, eine Finanzkörperschaft zu ermächtigen, Deutschland zum Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen 250 Millionen Dollar zu leihen. Diese Summe würde nach dem gegenwärtigen Valutastande in deutschem Gelde etwa 13 Milliarden Mark ausmachen. Die Bezahlung soll nach dem Plane in sechsprozentigen deutschen Wertpapieren erfolgen. Die ins Auge gefaßte Finanzkörperschaft hat sich mit dem im Antrage ausgesprochenen Vorschlägen einverstanden erklärt. Erhält sie die Genehmigung vom Repräsentantenhause, kann der ärgsten Wirtschaftsnot des deutschen Volkes Linderung werden.

Auslandsterror der ungarischen Schandregierung.

Vor kurzem veröffentlichten wir einen vertraulichen Erlaß des ungarischen Oberstaatsanwaltes, der klar und deutlich beweist, daß jeder, der wegen eines politischen Vergehens in Ungarn vor Gericht kommt, verurteilt werden muß, ganz gleich, ob Schuldbeweise vorliegen oder nicht. Jetzt wird ein weiteres Aktenstück bekannt, das zur Naturgeschichte des schandvollen Henkerregiments in Budapest ebenfalls sehr interessant ist. Die christlichen Wüthunde Horthys begnügen sich nämlich nicht mit den Opfern, die innerhalb der Grenzen Ungarns ihnen anheim fallen, sondern sie haben einen „Auslandsdienst" organisiert, der die Aufgabe hat, die flüchtigen Teilnehmer der Räteregierung entweder auszuheben und nach Ungarn zu verschleppen oder sie an Ort und Stelle zu ermorden. Wie erinnerlich, sind auch hierüber schon mehrfach haarsträubende Tatsachen mitgeteilt worden, hat man doch erst kürzlich versucht, Bela Kun auf heimtückische Weise zu vergiften. Aber die ungarische Regierung hat bisher mit frecher Stirn das Vorhandensein ihrer Mörderspitzel im Ausland geleugnet. Jetzt wird aus zuverlässiger Quelle folgendes Schriftstück veröffentlicht:

476/VI. b. Fv. (Oberkommando).
Zirkularverordnung.
Budapest 1920 am 26. März.

An das Kommando der Auslandsgruppen.

Punkt 3 der Verordnung bezüglich der Belohnung für die Erfassung resp. Unschädlichmachung der zufolge ihrer kommunistischen Tätigkeit im Auslande befindlichen Personen wird folgend abgeändert:

Ad P. a) Bela Kun, Josef Pogány, Franz Göndör, Kr. 250 000.

Ad P. b) sämtliche Kr. 100 000. Außerdem Sallai, Friedländer (Holländischer Volkskommissärstellvertreter im Volkskom. des Innern).

Ad P. c) 20 000 Kr.

Diese Beträge sind nach Bestätigung dessen, daß die Bedingungen der Belohnung erfüllt worden, sofort auszubezahlen.

Janku m. p. Hartmann m. p.
Stellvertreter des Generalstabschef.

Nun wird Lloyd George, der englische Ministerpräsident das Vorhandensein eines Weißen Schreckens in Ungarns wohl nicht mehr leugnen, wie er es noch vor kurzer Zeit im Unterhaus tat. Aber trotz aller schrecklicher Belege, trotzdem das Gebaren des kleinen Mörderstaates an der Donau zum Himmel schreit — die imperialistischen Ententemächte werden nicht einschreiten, weil ja ihre kapitalistischen Interessen nicht berührt sind.

Austausch deutsch-russischer Kriegsgefangener.

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Die von der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene in Reval und Helsingfors geführten Verhandlungen über den Durchtransport der deutschen und russischen Gefangenen durch Esthland und Finnland sind mit günstigem Ergebnis abgeschlossen.

Die esthnische und finnische Regierung haben in entgegenkommendster Weise die grundsätzliche Genehmigung für den Durchtransport erteilt.

Der Gefangenenaustausch über Esthland wird an der esthnisch-russischen Grenze in Narva und der über Finnland an der russisch-finnischen Grenze in Belosstrow erfolgen. Der Austausch in Narva beginnt am 11. Mai, wo der erste Transport mit 500 deutschen Heimkehrern aus Rußland eintrifft. Weitere Transporte folgen laufend in Abständen von zwei bis drei Tagen. Der erste Transport mit 500 Russen hat bereits am 6. Mai Stettin verlassen. Die deutsche Regierung wird gleichzeitig die in Rußland befindlichen Gefangenen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie mit übernehmen und hat deren Weitertransport sichergestellt. Das Internationale Rote Kreuz hat an den Verhandlungen teilgenommen und deren Abschluß gefördert. Es ist mit der Leitung des Durchgangslagers in Narwa beauftragt.

Die ökonomische Revolution

B. A. Die wirtschaftliche Situation in Deutschland hat sich auffallend in den beiden letzten Monaten wesentlich verändert. An die Stelle einer ständigen Abwärtsbewegung der deutschen Reichsmark ist eine nicht unbeträchtliche Besserung getreten, die zunächst einen verhältnismäßig stürmischen Verlauf nahm. Die Mark, die Ende Januar und Anfang Februar mit etwa 4 Pfennigen bewertet wurde, stieg an den internationalen Börsenplätzen vorübergehend bis auf fast 10 Pfennige und pendelt seit einiger Zeit um einen Stand von 7½ bis 8½ Pfennig herum. Während bisher die Entwertung des Geldes den Preis aller Waren entsprechend gesteigert, also für den Warenbesitzer außerordentliche Gewinnmöglichkeit geschaffen hatte, entstand mit der Besserung des Kurses für die im freien Handel befindlichen Güter eine heftige Preiskrise, deren Ausmaß und Wirkungen deutlich in Erscheinung treten, trotzdem sie für den Konsumenten bisher keine Verminderung der Lebenshaltungskosten herbeigeführt hat, vielmehr im Gegenteil gerade in der letzten Zeit neue Verteuerungen lebenswichtiger Waren eingetreten sind. Das liegt zunächst daran, daß es sich hierbei um rationierte heimische Erzeugnisse handelt, deren Preisstellung ziemlich unabhängig von der Geldentwertung und den Weltmarktnotierungen gehalten worden ist und die noch heute viel billiger sind als im Auslande. Unmittelbare Wirkungen werden sich für den Konsumenten also nur bei den Auslandserzeugnissen sowie bei den auf Weltmarktpreis stehenden deutschen Produkten ergeben. Eine Senkung der Preisniveaus dieser Waren wird sich trotz der Widerstände der Besitzer von teuer bezahlten Waren bald durchsetzen, besonders wenn auch die Kommunen nicht zögern, selbst Verluste an ihren Vorräten in Kauf zu nehmen, um durch die billigere Abgabe dieser Lebensmittel die Preisbildung des freien Handels entsprechend zu beeinflussen.

Angesichts der veränderten Situation macht sich zurzeit eine außerordentliche Zurückhaltung der Käufer im ganzen Lande bemerkbar. Die wohlhabenden Konsumenten, die ihren Bedarf mehr als gedeckt haben, rechnen mit einer weiteren Besserung der deutschen Währung, insbesondere im Zusammenhang mit einer eventl. internationalen Anleihe, einer gewissen Verständigung in Spa und dergleichen mehr und hoffen auf einen beträchtlichen Sturz aller Warenpreise. Die Händler können ihre Läger, die plötzlich als sehr umfangreich bezeichnet werden, zu regulären Preisen nicht absetzen und schwanken noch, ob sie versuchen sollen, mit billigeren Notierungen eine Belebung des Geschäftes zu erzwingen. Jedenfalls fehlt ihnen zumeist die Lust, neue Dispositionen zu treffen. Verpflichtungen für spätere Zeitpunkte einzugehen, deren Tragweite sie bei der augenblicklichen Situation kaum abzuschätzen in der Lage sind. Die verarbeitende Industrie hat zum größten Teil noch reichliche Aufträge für spätere Termine, auch sie hat verhältnismäßig umfangreiche Exportverkäufe getätigt. Da die allgemeine Unsicherheit auf dem Warenmarkt aber bereits ihre Rückwirkungen in den Versuchen inländischer Käufer, erteilte Aufträge zurückzuziehen, zeigt, herrscht auch innerhalb der Industrie eine gewisse Zurückhaltung in bezug auf neue Rohmaterialkäufe, Erweiterungen usw. — An den Börsen ergeben sich bereits Schwierigkeiten für die Unterbringung der zahlreichen neuen Aktien, die durch die Kapitalserhöhungen der Gesellschaften ausgegeben worden sind.

Während neue Abschlüsse in verschiedenen Industriezweigen nur sehr schwer zu erhalten sind, ist vorläufig die Nachfrage nach den hauptsächlichsten Rohprodukten, wie Kohle und Eisen, die für den gesamten Wirtschaftskörper besonders dringend gebraucht werden, anscheinend ungemindert, wenn auch die neuen erhöhten Eisenpreise eine gewisse Vorsicht teilweise hervorrufen. Bei Holz sind wesentliche Preisabschläge (bis 50 Prozent) und entsprechende Zurückhaltung zu konstatieren. Häute und Leder stehen unter außerordentlicher Preisdepression (zirka 40 Prozent) und sind schwer zu verkaufen. Schuhwerk, das noch vor wenigen Wochen im Handel stürmisch begehrt wurde, hat sich dieser Krise auf dem Lebermarkt nicht entziehen können, aber selbst wesentliche Preisherabsetzungen des Einzelhandels vermögen anscheinend noch keine Kauflust zu wecken. Hafer und Hülsenfrüchte sind an allen Produktenbörsen fortdauernd stark angeboten, sie sind im Preise bereits beträchtlich gefallen, und es ist trotzdem schwierig, die Abnehmer zu neuen Käufen zu veranlassen.

Auf die stürmische Nachfrage auf allen Gebieten der deutschen Wirtschaft ist scheinbar über Nacht ein Rückschlag erfolgt. Tatsächlich liegen die Ursachen dieser Erscheinung aber keinesfalls in der plötzlichen Umbrechung der deutschen Valuta, die in Wirklichkeit nur die Krise ausgelöst hat, die sich schon seit längerer Zeit deutlich genug ankündigte.

Es liegt, wie wir wissen, im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft, daß der Umfang ihrer Produktion nicht durch die gegebenen Produktivkräfte oder den Bedarf der Gesellschaft, sondern letzten Endes durch die Kaufkraft der großen Masse des arbeitenden Volkes als der zahlreichsten Konsumentenschicht bestimmt wird. Die ständige Erhöhung aller Warenpreise ohne entsprechende Steigerungen der Lohneinkommen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und freien Berufe hat bei der arbeitenden Bevölkerung zu einer fortgesetzten Verschärfung des Mißverhältnisses zwischen Bedarf und Kaufkraft geführt. Es ist jetzt einem beträchtlichen Teile des Volkes kaum möglich, die auf Karten erhältlichen Lebensmittel — besonders Fleisch, Kindermilch usw. zu bezahlen. Die meisten Menschen sind

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200510-17/fragment/page=0001

gang außerstande, dringende Bedürfnisse in bezug auf Wäsche, Oberkleidung oder Schuhzeug zu befriedigen. Jede Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung bei gleichbleibender oder nicht verhältnismäßig steigender Entlohnung führt zur Verringerung des Realeinkommens, d. h. der Kaufkraft. Die Verelendung des deutschen Volkes ist bereits soweit vorgeschritten, daß viele Gebrauchsgüter in die Kategorie des „Luxus" gerückt sind und daß selbst die zur Erhaltung der Arbeitskraft unumgänglich notwendigen Anschaffungen in den meisten Fällen nicht mehr durchgeführt werden können.

Dieser Zusammenbruch der Kaufkraft der breiten Massen unseres Volkes ist die entscheidende Ursache der augenblicklichen Krise auf dem Warenmarkt. In einer Zeit der furchtbarsten Entbehrungen und Einschränkungen, des unmittelbarsten Bedarfes stockt der Absatz im ganzen Lande, weil der Kauftaumel der Besitzenden, der sich bisher als ein verhüllender Schleier über den tatsächlichen Zustand breitete, zurzeit abgeebbt ist, während das gesamte Proletariat infolge der Unzulänglichkeit seiner Einkünfte nicht in der Lage ist, die dringend gebrauchten Waren zu bezahlen.

Das Kennzeichen der derzeitigen wirtschaftlichen Situation für das arbeitende Volk ist der drückende Mangel, die fast unerträgliche Beschränkung in der Befriedigung seiner wichtigsten Bedürfnisse. Dem Kapitalisten aber erscheint diese Stockung des Absatzes, die fehlende Aufnahmefähigkeit des Marktes als das Zeichen einer bereits bestehenden Ueberproduktion, deren Bedeutung noch dadurch erhöht wird, daß auch eine Reihe ausländischer Märkte trotz des dort ebenfalls unzweifelhaft vorhandenen Bedarfs die Käufe beträchtlich verringert, weil sich ähnliche Erscheinungen wie bei uns deutlich bemerkbar machen. In Neuyork herrscht laut amerikanischen Zeitungsberichten eine ungewöhnliche Zurückhaltung, die auf die Tätigkeit der Industrie einwirkt und bereits dazu geführt hat, daß in vielen Gegenden nur mit einem Bruchteil der Produktionsfähigkeit gearbeitet wird. Aus England kommen Berichte, daß die Erschütterung der Kaufkraft sich sehr stark geltend macht und entsprechende Rückwirkungen auf die Produktion ebenfalls eingetreten sind. In Deutschland sind in den letzten Wochen verschiedentlich Einschränkungen der Erzeugung vorgenommen worden, die selbstverständlich bei einer Verschärfung der Absatzkrise im In- und Ausland einen beträchtlichen Umfang annehmen können. Die Folge geringerer Produktion ist unter den heutigen Verhältnissen nicht nur vermehrte Arbeitslosigkeit und fortschreitende Verelendung großer Massen, sondern auch eine weitere Verschärfung des Warenmangels, unter dem unsere Wirtschaft trotz der Stockung im Verkauf natürlich stärker als je leidet. Eine Krisenperiode aber führt erfahrungsgemäß zum Zusammenbruch einer Reihe kleiner Unternehmerexistenzen, der nicht ohne schwerwiegende Rückwirkungen auf einen Teil der Arbeiterschaft bleibt, und zur erhöhten Macht der kapitalkräftigen, technisch gut eingerichteten Betriebe. Unter dem Einfluß günstiger Ernten in den verschiedenen Ländern kann sich alsdann die Kaufkraft einiger Bevölkerungsschichten wieder steigern, das Geschäft lebhafter werden und die Produktion allgemein einen größeren Umfang annehmen, wie die Geschichte verschiedener Krisen des 19. Jahrhunderts beweist.

Die revolutionäre Weltsituation aber wird durch die augenblickliche Wirtschaftskrise eine ungewöhnliche Verschärfung erfahren. Bisher erschienen Mangel, Not und Entbehrung im Bewußtsein der Menschen als die unentrinnbare Konsequenz eines fünfjährigen Krieges. Die allgemeine Gütervernichtung, die Abnutzung der Produktionsmittel, die Erschöpfung der Arbeiterschaft mußten ihren ökonomischen Ausdruck in einer Verringerung der Produktion, in einer unzureichenden Versorgung der Völker finden. Die Erhöhung der Produktivität der Arbeit, die beschleunigte Erzeugung der notwendigsten Gebrauchsgüter galten mit Recht als die Vorbedingung einer Rettung aus der die Gesellschaft angrinsenden furchtbarsten Not. In dem Augenblick aber, in dem diese Not ihren Höhepunkt erreicht zu haben, in dem höchste Intensität der Arbeit unablehnbare Pflicht zu sein scheint, bricht eben infolge dieser Not, die sich in dem Zusammenbruch der Kaufkraft äußert, eine kapitalistische Wirtschaftskrise aus und führt zu einer Verringerung der Produktion, zu vermehrter Arbeitslosigkeit.

Die Sinnlosigkeit einer Gesellschaftsordnung, in der eine derartige Krise nicht durch äußere Störung, sondern aus innerer Gesetzmäßigkeit ausgelöst wird, hat hier ihren krassesten Ausdruck gefunden. Diese Krise der kapitalistischen Wirtschaft, deren Beginn sich im Augenblick erst anzeigt, die vielleicht sogar durch eine vorübergehende Erholung noch einmal abgelöst wird, muß revolutionierender wirken, als die politischen Ereignisse des letzten Jahres. Sie wird dem arbeitenden Volke die Notwendigkeit einer geordneten, der Bedarfsbefriedigung dienenden Wirtschaft mit der Eindringlichkeit eines am eigenen Leibe erfahrenen schweren Erlebnisses erweisen.

Die Schraube ohne Ende.

Es soll weiter abgebaut werden. Langsam zwar, aber sicher wird immer ein Erzeugnis der landwirtschaftlichen Produktion nach dem andern der Zwangsbewirtschaftung entzogen. Die schlimmen Erfahrungen, die man mit der Freigabe der Hülsenfrüchte, des Hafers, der Eier und des Leders gemacht hat, müßten freilich vor weiteren derartigen Experimenten warnen. Aber die Agrarier schreien nach der „freien Wirtschaft", d. h. höheren Profiten, und die Regierung hat diesem Drängen bis jetzt immer nachgegeben. Jetzt sollen die Kartoffeln an die Reihe kommen. Aus Berlin wird über die neuen Pläne über die künftige Bewirtschaftung der Kartoffeln folgendes berichtet:

„In den letzten Tagen haben erneut Besprechungen zwischen Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Reichsstellen über die Freigabe der Kartoffelwirtschaft stattgefunden. Man ist dabei übereingekommen, eine Reichsreserve von etwa 100 Millionen Zentner Kartoffeln zu schaffen, die an die Bevölkerung der Städte und der Industriezentren nach einem besonderen, von der Reichskartoffelstelle auszuarbeitenden Schlüssel verteilt werden sollen. Die Erfassung der Kartoffeln soll durch die Beauftragten des Handels und der Landwirtschaft mit den Genossenschaften erfolgen, damit dem Schleichhandel ein Riegel vorgeschoben wird. Nötigenfalls sollen die erforderlichen Kartoffelmengen von Landwirten, die mit ihren Vorräten zurückhalten, zwangsweise beigetrieben werden. Ueber die Höhe der Preise, die den Erzeugern gezahlt werden sollen, schweben noch Verhandlungen. Die endgültige Preisfestsetzung soll durch eine Kommission erfolgen, deren Vorsitz wahrscheinlich der Reichsernährungsminister übernehmen wird. Der Handel ist bereit, ausreichend Garantien für die Belieferung der Städte zu geben. Die Groß- und Industriestädte sollen die Kartoffelbelieferung von etwa sechs Pfund pro Woche und Kopf ihrer Einwohner erhalten, jedenfalls mehr als die Landstädte und Dörfer. Die Verteilung wird der Reichskartoffelstelle obliegen. Ueber die garantierte Mindestmenge hinaus soll dann noch in den Großstädten der freie Kartoffelverkauf stattfinden. Die Vertreter des Deutschen Städtetages, des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft und des Kartoffelhandelns haben sich auf dieses System in allen Punkten geeinigt. Es hat bereits eine Sitzung im Reichsernährungsministerium stattgefunden, zu der auch Gewerkschaftsvertreter erschienen waren, die diesen Plan guthießen. Die Entscheidung der Regierung wird nach Rücksprache im Kabinett erfolgen."

Nach einer neueren Meldung hat die Regierung über das Abkommen noch nicht entschieden. Inzwischen ist, wie weiter berichtet wird, bei den Besprechungen über die Preisfrage eine Einigung erzielt worden. Selbstverständlich — denn das ist ja der eigentliche Zweck des Drängens der Agrarier — gibt es eine gewaltige Preissteigerung. Einig war man sich darüber, daß „den Landwirten ein Anreiz für möglichst umfangreichen Kartoffelanbau und vollständigen Abbau gewährt werden müsse." Dieser Anreiz kann natürlich nur durch eine wesentliche Preiserhöhung für die Kartoffel geschaffen werden. Deshalb soll auf den Grundpreis von 25 Mk. pro Zentner eine Prämie von 5 Mk. vorgeschlagen werden und eine Provision von 1,50 Mk. für den Kartoffelhandel, so daß sich also der Zentner Kartoffeln ausschließlich Transportspesen auf 31,50 Mk. stellen dürfte.

Wenn man diese, jetzt so bedeutenden Spesen und die sonst noch kommenden Aufschläge hinzurechnet, dann kann man sich leicht eine Vorstellung davon machen, mit was für enormen Kartoffelpreisen in Zukunft zu rechnen ist.

Der König von Munster ausgerückt!

10000 Menschen müßten verhungern. — Das gebrochene Ehrenwort.

Die Baltikumer waren schon vor dem Kapp-Putsch das schwärende Gift im Körper der deutschen Republik. Jetzt, nachdem sie sich im Munsterlager inmitten der idyllischen Lüneburger Heide verschanzt haben, sind sie eine Schmach und eine tägliche Anklage für die schwache Regierung, der sie auf der Nase herumtanzen. Der Reichswehrminister, der vor einiger Zeit mit großem Pathos erklärt hat, er werde die Marinebrigade Ehrhardt, wenn nötig mit Gewalt, auflösen, läßt bisher noch jeden Mut dazu vermissen. Die Nachrichten, daß er die Brigade nach dem System des Hauptmanns Schmude anzusiedeln gedenkt, sie also in alle Ewigkeit beisammen zuhalten sich bemüht, werden bestätigt. Der Reichswehrminister will durch das verlockende Angebot der Ansiedlung die Brigade schwächen und so ganz allmählich zu ihrer Auflösung gelangen. Um seinen fehlenden Mut zur gewaltsamen Auflösung zu verbergen, verschanzt er sich hinter der Ausrede, daß es aus politischen Gründen eine sehr zweifelhafte Angelegenheit sei, mitten im Wahlkampf gewaltsam gegen die Brigade vorzugehen. Inzwischen sendet die Brigade ihre Werber in alle Welt und vermehrt sich von Tag zu Tag. Die Berliner Volkszeitung konnte in ihrer Morgenausgabe vom 7. Mai mitteilen, daß im Wartesaal der 3. Klasse auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein Unteroffizier Haberger von der 8. Kompagnie der 4. Marinebrigade aus dem Munsterlager für seine Brigade Mannschaften anwarb. Er hatte genügend Blankoformulare zur Erlangung von Militärfahrkarten bei sich, die von der 4. Marinebrigade unterstempelt und von dem Kompagnieführer Leutnant Jordan unterzeichnet waren. Dieser Vorfall zeigt aufs klarste, wie der Herr Reichswehrminister sich die Auflösung der Marinebrigade vorstellt. Die Sonderkorrespondentin der Daily News, Frau Stanhardinge, die einige Tage im Munsterlager geweilt hat, erzählt erstaunliche Neuigkeiten, die Herr Geßler der Oeffentlichkeit mitzuteilen bisher vergessen hat. Danach ist der Korvettenkapitän Ehrhardt vorläufig durch den General Behrendt ersetzt worden. Dieser hat die Aufgabe, die Marinebrigade in eine neue Marineformation umzuwandeln, die die Bezeichnung der „Schiffsstamm" trägt. Alle Leute, die in diese neue Formation übernommen werden, werden zuerst aus der Brigade Ehrhardt entlassen und beurlaubt; sie erhalten bis zum 10. Juli die völlige Löhnung von der Marinebrigade und eine „Treuprämie" für die Monate Januar bis Mai.

Kapitän Ehrhardt, gegen den bekanntlich ein Haftbefehl vorliegt, der aber bisher vergnügt und munter unter dem Schutze seiner Bajonette auf Staatskosten in Munster regiert, erklärte auf die Frage, welcher Ursache er das Mißlingen des Kapp-Putsches zuschreibe:

„Nicht dem Generalstreik, sondern den Intrigen jüdischer Unterstaatssekretäre, denen es gelungen war, einen Streik der Regierungsbeamten herbeizuführen und so die Staatsmaschine lahmzulegen. Wir haben es unterlassen, diese Unterstaatssekretäre zu erschießen, ein bedauerliches Versehen! Die Feigheit des Bürgertums ist ebenso verantwortlich für unseren Mißerfolg. Die Bürgerlichen waren zwar über unseren Putsch entzückt, blieben aber zu Hause, und wuschen ihre Hände in Unschuld, anstatt offen herbeizueilen und uns zu helfen."

Den Generalstreik fürchtet der Räuberhauptmann nicht. Eine Regierung mit starker Militärmacht würde mit einem solchen Streik sehr leicht fertig. Wie sie das macht? Sehr einfach!

„Das Militär muß die Ordnung aufrechterhalten und Plünderungen verhindern, und die Regierung muß soviel Nerven haben, einmal 10000 Menschen im nördlichen Berlin Hungers sterben zu lassen, dann wird das Volk für eine Weile wohl keinen zweiten Generalstreik unternehmen."

Dieses wilde Tier, gegen das ein Bandenführer des 30jährigen Krieges noch menschlich erscheint, ist natürlich persönlich sehr feige. Er hat, als er nach Munster zog, dem General von Seeckt sein Ehrenwort gegeben, daß er nur die ordnungsmäßige Auflösung seiner Brigade durchführen wolle, sich aber jederzeit zur Verfügung halte. Die Regierung war so töricht, dem Ehrenwort eines Offiziers zu trauen. Jetzt bricht der Gauner sein Ehrenwort, indem er den Oberbefehl über die Brigade niederlegt und verduftet. Der Erlaß an seine Mitgauner, mit dem er seine tapfere Handlungsweise begründet, ist ein klassisches Dokument. Es heißt darin:

Ich habe meinen bisherigen Entschluß, mich freiwillig in Haft zu begeben, aufgegeben. Entscheidend war für mich der feste Wille der Brigade, weder eine gewaltsame Festnahme, noch eine freiwillige Stellung zuzulassen. Ich konnte es nicht verantworten, daß meiner Person wegen die Regierung zu Maßnahmen hätte gezwungen werden können, die Kämpfe zwischen Truppen und Unruhen zur Folge gehabt hätten. Der Brigade wäre letzten Endes dadurch für die Zukunft jedes einzelnen Schaden entstanden, und so sehr ich es anerkenne, daß die Truppe diese Rücksichtnahme ablehnte, die Fürsorge für die Truppe bleibt für mich die vornehmste Aufgabe.

Mit beeinflußt hat mich, daß mir von allen Seiten von einer Gestellung abgeraten wurde. Auch nicht eine Stelle hat mir zugeraten. Die Gründe sind einleuchtend:

1. der Ruck nach der linksradikalen Seite ist unverkennbar, die Lage im Reiche ist unsicher, die Staatsautorität gering, fraglich, ob die Regierung sich noch lange halten kann.

2. Die sicher lange währende Untersuchungshaft würde nach all dem bisher Durchgemachten meine Widerstandskraft brechen, so daß ich bei der Hauptverhandlung, körperlich und geistig gebrochen, nicht mit der erforderlichen Kraft für das Geschehene einstehen und mich verteidigen, das reichhaltige Material nicht ausnützen könnte und der Gegenpartei leichtes Spiel ließe.

Damit würde der ganzen Sache und dem Ansehen der Brigade und des Offizierkorps außerordentlich geschadet werden. Das Volk soll hören und wissen, welches unsere Beweggründe waren und aus welchen Motiven heraus wir gehandelt haben."

Wie rücksichtsvoll! Damit es nicht zu Kämpfen komme, deshalb muß Ehrhardt sich opfern und verschwinden. Aber die wahren Gründe werden auch offen ausgesprochen. Die Regierung stürzt ja doch bald, wozu soll sich da ein großer Geist ins Gefängnis sperren lassen. Und außerdem soll eine Haft überhaupt nicht angenehm sein, sie könnte Herrn Ehrhardts Widerstandskraft brechen. Der Hauptgrund wird verschwiegen: Der König von Munster will frei sein, damit er beim nächsten Putsch wieder weltgeschichtliche Taten vollbringen kann; er will indes schüren und hetzen und wird seine Zeit gewiß nicht nutzlos hinbringen. Verhaftet wird er gewiß nicht werden, dafür sorgt die Unfähigkeit der Regierung, die das einzige Mittel, das dem Verbrecher Achtung vor der Republik einbläuen würde, nämlich die Bewaffnung der Arbeiterschaft, entsetzt von sich weist. Das Kapitel Ehrhardt ist noch längst nicht abgeschlossen.

Ebert läßt Todesurteile vollstrecken!

Essen, 8. Mai. Die Arbeiter Joseph Biesemann aus Essen-Borbeck und Joseph Fuchs aus Essen waren am 13. April 1920 vom außerordentlichen Kriegsgericht wegen Plünderung mit Waffengewalt zum Tode verurteilt. Da der Reichspräsident von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, ist das Urteil morgens 6 Uhr in Münster durch Erschießen vollstreckt worden.

Den Kapp-Hochverrätern wird kein Haar gekrümmt, die Arbeiter werden erschossen, das ist das Kennzeichen der Herrschaft der Koalitionsregierung, an deren Spitze „Sozialdemokraten" stehen. Und das wird von diesen Herren den Arbeitern gar noch als Erfolg gepriesen! Kann es unter der Herrschaft der Deutschnationalen schlimmer sein?

Parlamentarische Korruption.

50000 Mark Belohnung für einen Abgeordneten.

Wie riß die Deutsche Volkspartei den Mund auf, als im Prozeß Erzberger festgestellt wurde, daß der geschäftige Matthias seine Abgeordnetentätigkeit höchst gewinnbringend ausgestaltet hatte. Aber gerade diese Partei des Großkapitals hatte am wenigsten Ursache zu moralischer Entrüstung, denn sie hat Leute in ihren Reihen, von denen Erzberger unbedingt noch etwas lernen kann. In der Nationalversammlung sitzt als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei Herr Dr. Hugo, besoldetes Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Ledergroßhändler. Dieser Hugo hat seine Berufsinteressen im Parlament glänzend vertreten. Er war es, der bei der Regierung die Aufhebung der Lederzwangsbewirtschaftung und damit eine fünf- bis sechsfache Preissteigerung des Leders durchsetzte. Das brachte den Lederindustriellen Gewinne bis zu 50 Prozent! Man zeigte sich dafür erkenntlich, indem man Herrn Hugo, der so glänzend die kapitalistischen Interessen im Parlament vertreten hatte, 50000 Mk. Belohnung auszahlte. Und damit dieser „Volksvertreter" auch fernerhin im Parlament den Ledergroßhandel beschützen kann, deshalb hat man eigens für die Wiederwahl Hugos einen Wahlfonds geschaffen.

Auch der Syndikus des Spiritusverbandes, Dr. Neumann, hat von seinem Verband 50000 Mk. bekommen, die er für seine Kandidatur zu den Reichstagswahlen verwenden soll. Herr Dr. Neumann hat eine solche Kandidatur bereits in Aussicht; er will für die Deutsche Volkspartei auftreten, braucht dazu aber noch 100000 Mk., damit seine Kandidatur an erster Stelle auch gesichert wird. Im Parlament wird er für die Verteuerung des Fusels als Vertreter der Schnapsfabrikanten eintreten, ebenso wie sein Kumpan Hugo für die Verteuerung des Leders als Vertreter der Lederhändler. Nehmen wir als dritten im Bunde Herrn Stinnes, der neben Zechen und Werften, Fabriken und Rittergütern auch die öffentliche Meinung aufkauft, so haben wir die Deutsche Volkspartei, wie sie leibt und lebt. Und diese Partei, deren Korruption zum Himmel stinkt, wagt es, sich „Volkspartei" zu nennen.

Die Freikorps.

Nach der Verfügung des Reichswehrministers gibt es ab 1. April keine Freikorps mehr. Diese sind sämtlich in ordentliche Teile der Reichswehr umzuwandeln. Trotzdem bestehen die Freikorps unbehindert fort. Ihre Kommandeure unterzeichnen sich als Führer der Freikorps und die Mannschaften lehnen es ab, mit der Reichswehr identifiziert zu werden. Die Mittel erhalten die Freikorps aus Spenden und freiwilligen Stiftungen, die von der Großindustrie, Bankkreisen und sonstigen interessierten Kapitalisten ihnen zur Verfügung gestellt werden. Die Deutsche Zeitung berichtet ganz offen über die Festsetzungs- und Ansiedlungsbestrebungen der Freikorps. Sie spricht dabei höchst ungeniert von den großen Mitteln, die infolge freiwilliger Spenden den Freikorps zur Ausrüstung, Einkleidung und Ansiedlung zur Verfügung stehen. Das Reichswehrministerium hilft selbst, die Angelegenheit zu verschleiern, indem es erklärt, aus politischen und verwaltungstechnischen Gründen sei die Beibehaltung der Freikorpsnamen notwendig. Der Republikanische Führerbund konnte erst kürzlich mitteilen, daß das durch Arbeiter in Remscheid geschlagene reaktionäre Freikorps Lützow im Sennelager neu aufgestellt wird. Aber auch mit der Umwandlung der Freikorps in Reichswehrbataillone ist der Arbeiterschaft nicht gedient. Diese bedeutet nur eine Verschleierung der wirklichen Gefahr. — Die bereits verfügte Auflösung der Einwohnerwehren ist bisher nirgends durchgeführt. Die Zentralstelle hat noch keinen Schritt getan, um die Waffen von den Mitgliedern der Einwohnerwehren einzusammeln. Sämtliche Waffen befinden sich im Besitz der ehemaligen Mitglieder der Einwohnerwehren.

Die Kolonialisierung Deutschlands.

Der Vorwärts berichtet aus dem Abschluß des holländischen Margarinetrustes:

„Infolge der Valutaposition war es möglich, eine Anzahl von Fabriken im Ausland durch Ankauf von Anteilen ganz oder teilweise zu erwerben, ohne daß dies der Bedeutung der bezüglichen Objekte entsprechende Kapitalsausgaben mit sich brachte. Die Rubrik „Anteile von Untergesellschaften" ist im Laufe des Berichtsjahres daher von 8188169 auf 12872212 Gulden gestiegen. Unter den neuerworbenen Betrieben sind in erster Reihe Margarinefabriken zu erwähnen, sodann mit der Margarinefabrikation in naher Verbindung stehende Oelfabriken und Oelraffinerien; schließlich wurden Beteiligungen auch in der Seifen- und Kerzenindustrie erworben."

Es ist grotesk, wie das mehrheitssozialistische Blatt, dessen politischer und wirtschaftlicher Teil in einem unüberbrückbaren Gegensatz stehen, diese Entwicklung kommentiert: „Im eigenen Lande geschieht nichts zum Schutz; die von den Sozialisten geforderte Zusammenfassung der Unternehmungen scheiterte an dem Widerstand der privatkapitalistischen orientierten Parlamentsmehrheiten." — Da diese Parlamentsmehrheit in Deutschland ihre stärkste Stütze in der SPD. hat, so ist es sehr wichtig, aus so authentischer Quelle bestätigt zu sehen, was wir stets unter lebhaftem Widerspruch der SPD. behauptet haben, daß diese Mehrheit durchaus privatkapitalistisch orientiert ist. Wir wünschten nur, daß die sozialdemokratische Partei aus der weiteren Erkenntnis des wirtschaftspolitischen Vorwärts, „daß das sklavische Festhalten an der Gewerbefreiheit die Ursache unserer Not ist," die für die Sozialisierung notwendigen Konsequenzen zöge.

Die Betriebsratswahlen im Ruhrbergbau.

Nunmehr liegt das Ergebnis der Betriebsratswahlen im Ruhrgebiet vor. Es haben erhalten: Freie Gewerkschaften 105976 Stimmen und 1165 Mandate, Christliche Gewerk-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200510-17/fragment/page=0002

schaften 31 181 Stimmen und 305 Mandate, Polen 15 874 Stimmen und 125 Mandate, Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften 842 Stimmen und 5 Mandate, Bergarbeiter-Union 42 406 Stimmen und 410 Mandate.

Das endgültige Ergebnis aus dem ganzen Ruhrgebiet entspricht also nicht dem Teilergebnis aus dem Gelsenkirchener Bezirk.

Völkerbund und Präsidentenwahl in Amerika.

Amsterdam, 8. Mai. (WTB.) Der Berichterstatter der Times in Washington meldet: Republikanische Senatoren aus allen Staaten hielten eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, bei der Präsidentschaftswahl das amerikanische Volk über die Völkerbundfrage entscheiden zu lassen. Zu diesem Zweck wurde eine Erklärung angenommen, die die Völkerbundstatuten in der Form, wie sie Wilson aus Paris gebracht hat, verurteilt, die Haltung der republikanischen Senatoren wegen ihrer Weigerung, die Integrität und Sicherheit der Vereinigten Staaten zum Opfer zu bringen, preist und den Präsidenten für den Fall, daß die Wahl auf einen Republikaner fällt, zur Ausführung eines Programms verpflichtet, wie es in der letzten Rede von Knox aufgestellt ist. In dieser Rede wurde der Krieg für „ungesetzlich" erklärt und die Errichtung eines parlamentarischen internationalen Gerichtshofes gefordert.

Bissolati gestorben.

Bissolati, einer der ausgeprägtesten Köpfe unter den italienischen Politikern, ist an den Folgen einer Blutvergiftung gestorben. Leider stellte er seine großen Gaben, die ihm in der italienischen Sozialdemokratie an führende Stelle brachten, in den Dienst eines verwaschenen Reformsozialismus, dem die große Mehrheit der italienischen Partei nicht folgte. Während des Krieges mit Tripolis, der nichts anderes war, als ein imperialistischer Raubkrieg, war er für die Bewilligung der Kriegskredite. Auf dem Parteitag von Reggio Emilia erfolgte dann sein Ausschluß, und er gründete die Partei der Reformsozialisten. Während des Krieges war Bissolati Kriegsfreiwilliger, aber lehnte die Annektionspolitik ab. Er ist auch zweimal Minister gewesen, und viele sahen in ihm den Nachfolger Nittis, des jetzigen italienischen Ministerpräsidenten.

Die Präsidentschaftskandidatur Förster.

Die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Stuttgart, beschloß in ihrer Hauptversammlung, die Kandidatur des Prof. W. Förster für das Reichspräsidium mit allen Kräften zu unterstützen.

Professor Förster ist einer der ganz wenigen deutschen Gelehrten, der den Ruf der deutschen Wissenschaft während des Krieges nicht durch ausschweifende Annektionspläne herabsetzte. Er hat mutig für den Verständigungsfrieden gewirkt. Daß er damit keinen Erfolg hatte, schändet nur diejenigen, die das deutsche Volk ins Elend gebracht haben.

Aus der Partei.

Spitzelwirtschaft in Bremen.

Unter der neudeutschen Spitzelwirtschaft, die ein typisches Denkmal unserer furchtbar sozialistischen Zustände ist, haben auch unsere Genossen in Bremen wiederholt zu leiden gehabt. Ein ganz besonders krasser und interessanter Fall hat sich aber erst dieser Tage zugetragen. Am 29. April hatten die beiden bürgerlichen Zeitungen Weser-Zeitung und Bremer Tageblatt die in einer Vorstandssitzung provisorisch zusammengestellte Kandidatenliste unserer Partei veröffentlicht, ohne daß diese vorher der Mitgliedschaft oder einem größeren Kreise von Genossen mitgeteilt war. Der Verdacht einer ganz raffinierten Bespitzelung lag also nahe. Als nun am Abend des 5. Mai der Vorstand der Bremer USP. zu einer Sitzung im Parteibureau zusammengetreten war, um über die endgültige Festsetzung der Kandidatenliste zu verhandeln, wurde von Genossen, die hinreichend Verdacht geschöpft hatten, eine Tür ausgebrochen, die das Parteibureau mit dem benachbarten Bureau der Schreibmaschinen- und Bureaumöbelfirma Wilhelm Erangow verband. Und siehe da, emsig notierend fand man den J. H. D. Tiefermann, ein 22jähriges Bürschchen. Der Bengel — von Beruf Handlungsgehilfe und im Besitz des Einjährigfreiwilligen-Zeugnisses — war früher in der Spitzelabteilung der bremischen Regierungsschutztruppe beschäftigt gewesen und hat sich jetzt zum Regierungsspitzel herausgearbeitet. Im Nebenberuf bespitzelte er aber die USP. im Auftrage der Weser-Zeitung und des Tageblattes, von denen er nicht schlecht für seine niederträchtigen Sudeleien bezahlt wurde. Daß man den Lumpen gleich mit einer Blitzlichtaufnahme zur Veröffentlichung in der Bremer Arbeiter-Zeitung photographierte, wird der Spitzelzunft wenig angenehm sein. Regierung und bürgerliche Presse — sie beide bedienen sich heute bei ihrer staatsretterischen Tätigkeit der gemeinsten Subjekte und der verwerflichsten Mittel. Und da sagt noch einer, daß die Revolution keine Errungenschaften gebracht hat!

Warnung vor einem Schwindler.

Gegenwärtig macht ein „Genosse" Fister die Runde durch die Organisationsorte. Es ist ihm auch gelungen, namhafte Beträge zu erschleichen. Er wird versuchen, seinen Raubzug weiter fortzusetzen. Es sei daher vor ihm gewarnt.

Aus der Wahlbewegung.

Seht die Wählerlisten ein!

Sie liegen bis einschließlich Sonntag, den 16. Mai aus: in Halle im Leihamt an der Marienkirche, in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Die Wählerliste kann auch im Parteisekretariat, Harz 42 bis 44 II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 22, eingesehen werden.

Im Saalkreis liegen die Wählerlisten in den Gemeindebureaus aus.

•

Zusammenbruch oder Sozialisierung

Auf einer Zentrumstagung hat der neue Reichsfinanzminister Dr. Wirth über Deutschlands wirtschaftlichen Zusammenbruch folgendes ausgeführt:

„Im ordentlichen Etat ist ein Fehlbetrag von 5 Milliarden, im außerordentlichen Etat ein Fehlbetrag von 12 Milliarden. Dazu kommen die Fehlbeträge der Eisenbahn mit ¼ Milliarde und der Reichspost, trotz der neuen Gebühren, mit mindestens 1 Milliarde. Es ist unmöglich für das deutsche Volk, daß diese Wirtschaft einige Jahre dauern kann. Hier handelt es sich um die sozialisierten Betriebe. Wenn nicht Arbeiter und Beamte alles aufbieten, daß unter Aufwand aller Arbeitskräfte diese Fehlbeträge verschwinden, dann ist der Sozialisierungsgedanke ermordet und erwürgt. Für 30 Milliarden Fehlbetrag muß Deckung geschafft werden. Das direkte Steuersystem ist im wesentlichen abgeschlossen. Es wird aber allein nicht genügen. Das indirekte Steuersystem ist ebenfalls schon angespannt. Es erhebt sich die Frage, wie wir zahlen sollen. Ohne Regelung und Kontrolle der Produktion kommen wir aus dem Elend nicht heraus. Ein freies Spiel der Kräfte in dem Umfange wie früher ist nicht mehr möglich. Die Luxusproduktion muß auf den Weltmarkt kommen. Verbrauchen wir z. B. eingeführte Seide, dann fehlt das Geld für Nahrungsmittel. Wir fressen uns selber auf. Das deutsche Volk verzehrt mehr, als es produziert."

Von der Unabhängigen Sozialdemokratie sind diese Tatsachen, die Wirth feststellt, bereits bei der Beratung der letzten Steuervorlagen festgestellt worden. Aber damals wollten weder die bürgerlichen Parteien noch die Rechtssozialisten sie erkennen und nach ihnen handeln. Sie versuchten durch Steuerflickerei, insbesondere durch die Belastung des Konsums der breiten Massen auf dem Wege der indirekten Steuern einen Ausweg zu finden, um jetzt sehen zu müssen, daß das Defizit des Staates immer größer wird und alle Berechnungen über die Steuererträge nicht stimmen.

Es gibt keinen anderen Ausweg mehr als planmäßige technisch beste Organisation der Wirtschaft unter Ausschaltung des Unternehmergewinnes. Die Sozialisierung allein gewährt die Möglichkeit des Wiederaufbaues der Wirtschaft. Für sie kämpfen wir deshalb im Wahlkampf.

•

Die Kampfesfront „gegen rechts".

Nachdem die rechtssozialistischen Zeitungen in den letzten Wochen genügend in Wortradikalismus gemacht haben, um den Wählern eine Linksorientierung vorzutäuschen, werden von der Parteizentrale Instruktionen über den Wahlkampf selbst herausgegeben, die wenig von einer solchen bemerken lassen und von der Angst vor der Abrechnung diktiert sind. Unter dem vielverheißenden Titel „Versammlungskampf gegen die USP. und KPD." ist eine Broschüre erschienen, die „Ratschläge für Organisationsleiter und Redner" enthält. Diese Broschüre wimmelt von Plattheiten und geistlosen Argumenten gegen die USP. und bringt Entstellungen und Verdrehungen der Tatsachen über unsere Partei, auf die im einzelnen heute nicht eingegangen werden soll. Von Interesse ist zunächst, wie die Rechtssozialisten in Zukunft den Versammlungskampf führen wollen. In der Schrift wird behauptet, daß die linkssozialistischen Parteien planmäßig die rechtssozialistischen Versammlungen störten und sprengten. Deshalb müßte eine neue Versammlungstaktik angewandt werden. In der Broschüre ist zu lesen:

„Wir müssen unsere Versammlungen nach neuen Methoden organisieren. Wir müssen vor allem unser Hausrecht wahren, wir müssen uns klarmachen, daß öffentliche Versammlungen von den Unabhängigen und Kommunisten ausgenutzt werden. — Wir müssen uns sagen, daß wir auch in Parteiversammlungen die Leute, auf die wir mit Erfolg zu wirken hoffen, einführen können."

Es muß sehr schlecht um die Sache der SPD. gestellt sein, wenn sie schon von vornherein die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit den Gegnern durch Gebrauch des Hausrechts ins Auge fassen. Deshalb muß auch die Redezeit beschnitten werden. Es heißt ausdrücklich, daß durch Versammlungsbeschluß zu Beginn der Veranstaltung die Redezeit auf 10 Minuten festzusetzen sei. In der Broschüre heißt es: „Man verlange ferner, daß die Diskussion sich ausschließlich mit dem Referat befaßt. Jede Abschweifung hat der Vorsitzende abzuschneiden." Wir enthalten uns jeder weiteren Kritik und lassen die Tatsachen für sich sprechen.

•

Wahlkorruption.

Die Deutsche Tageszeitung veröffentlicht ein Schreiben aus der Zentrale für Heimatdienst, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten wird. Es wird darin Kenntnis davon gegeben, daß der Heimatdienst Mitteilungen versende, durch die mit allen Mitteln zur Stärkung des Koalitionsgedankens beigetragen werden soll. Eine der Hauptaufgaben des Heimatdienstes sei, mit Hilfe der Parteiorganisationen dieses Ziel zu erreichen. Am 29. April habe im Dienstgebäude der Reichszentrale für Heimatdienst eine grundlegende Besprechung stattgefunden, an der auch eine Vertreterin des Zentrums teilgenommen habe.

Unter den Augen der Regierung wird also eine unerhörte Beeinflussung der Wähler zugunsten der Koalitionsparteien getrieben. Wir verlangen, daß diesem Skandal sofort ein Ende gemacht wird. Wir haben zwar eine Parteiregierung, aber die Regierungsparteien sind nicht befugt, aus öffentlichen Geldern die Mittel für ihre Wahlpropaganda zu bestreiten. Freilich sind nicht allein die Rechtssozialisten die Kostgänger des Reichs, auch die Demokraten und das Zentrum beteiligen sich an dieser Korruption.

•

Was man von der Schule wissen muß.

1. Die heutige Schule ist eine Einrichtung der herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Klasse. Durch sie wird das Volk in drei Klassen geteilt. Die unterste Stufe ist die Volksschule — die erzieht für das Proletariat. Eine Stufe höher steht die Mittelschule — die erzieht für den sog. Mittelstand, der auf solche Weise in einen künstlichen Gegensatz gestellt wird zum Proletariat, an dessen Seite er eigentlich gehörte. Die oberste Stufe sind die höheren Schulen samt Universitäten und Fachhochschulen: sie sind Vorrecht der wohlhabenden kapitalistischen Klasse und ihres kleinbürgerlichen Anhanges, der sich mit kapitalistischen Almosen (Schuldgelderlaß für wenige) abspeisen läßt.

2. Je größer der Geldsack der Eltern, um so leichter der Zugang zur höheren Schule; denn nur ein Wohlhabender kann für seine Kinder neben den Unterhaltungskosten für neun Jahre — mindestens 18 000 Mk. — auch noch das Schulgeld von neunmal 150 Mark gleich 1350 Mk. und das Geld für das Studium, zirka 15 000 Mark, aufbringen. Die Schulgelder sind nichts als Bildungsschranken!

3. Der Staat wirft für jeden höheren Schüler (vor dem Kriege!) 250 Mk. jährlich aus, für jeden Studenten 1000 Mk.; für jeden Volksschüler aber nur 50 Mk. Das sind Prämien für die wohlhabenden Klassen!

4. In den höheren Schulen ist die Höchstzahl der Schüler in einer Klasse auf 35 festgesetzt; oft sind es aber nur fünf oder sechs. In den Volksschulklassen sitzen aber durchschnittlich 50—60 Kinder in einer Klasse. An den ländlichen Schulen hat ein Lehrer oft 80 bis 120 Kinder zu unterrichten. Je größer aber die Klasse, um so schwerer, um so mangelhafter ist Erziehung und Unterricht.

5. Der Lehrerstand ist ebenfalls in drei Klassen gespalten. Für die Volksschule genügt der Volksschullehrer, der gewissermaßen der Proletarier im Lehrerstande ist; er erhält ein erbärmliches Gehalt, hat die niedrigste Stellung und schwerste Arbeit. Der Mittelschullehrer steht schon eine Stufe höher; zu einem höheren Gehalt erhält er auch den schöneren Titel. Die oberste Stufe aber ist der Oberlehrer, der eine kostspielige Ausbildung an der Universität und das höchste Gehalt bezieht; er ist ja auch für die höheren Schulen, für die Kinder der Reichen da!

Das ist die heutige Schule, diese ungeheuerliche Ungerechtigkeit gegen die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land.

Darum, Frauen, Mütter und Mädchen, gebt eure Stimmen der USPD.

•

Kandidaten der USPD.

An der Spitze der unabhängigen Liste für die Reichstagswahlen stehen im Wahlkreis Hannover die Genossen Eckardt (Braunschweig), Aderholt (Hannover), Karsten (Peine) und Voß (Braunschweig).

Genosse Henke steht an erster Stelle der USP.-Kandidatenliste zur Bremischen Bürgerschaftswahl.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis Gottlieb Kasparek; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte Johann Janßen für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

45]

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber.

XVIII.

Etliche Tage nachher fand sich mit einmal der kleine, säbelbeinige Agent der Handelsgesellschaft für religiösen Hausrat in Kleebinders Hütte ein. Er hatte sich die Jahre über äußerst selten blicken lassen und war dann immer mit einer gewissen Zurückhaltung, aber auch mit aller gebührender Rücksicht empfangen worden; der letzteren konnte für diesmal allerdings der Umstand einigen Eintrag tun, daß seit längerer Zeit die Bestellungen merklich abnahmen.

„No, auch einmal anschau'n lassen?" rief der Holzschnitzer nach der ersten Begrüßung. „Hoffentlich bringt's mer doch Gut's? Schon a schöne Weil' her laßt's mich völlig feiern, braucht's auch gar nix!"

„Recht haben Se, Herr Kleebinder, wenn Se sich aufhalten," sagte das Männlein. „Die Geschäften gehen flau. Mein', was wollen Se? Die Gesellschaft war verfallen in ä grausamen Irrtum, se hat gemeint, mit de Woor' werd' sich verbreiten der rel'giöse Sinn un mit'm rel'giösen Sinn wieder de Woor' un es werd' kan End' nehmen; nu verlangt aber nor der rel'giöse Sinn nach der Woor', die Zahl der Abnehmer is ä beschränkte un die Zahl is erschöpft. Gott, was haben dagegen die Engländer for a reiches Absatzgebiet for indische Götzen, was werden gefabriziert in London! Se sein aber ach ä groißes Handelsvolk, un is mer immer afgefallen, daß se ihr'n Sabbat esoi heiligen."

„Sein s' Juden?"

„Wo denken Se hin, Herr Kleebinder? Christen. — Christen, sag' ich Ihnen vom reinsten Wasser. Aber hören Se af ein' Rat, Herr Kleebinder, sehen Se sich um um ä Nebenverdienst, wie ich mer hab' umgeseh'n um an'n."

„Ich wüßt' mer kein'."

„Lassen Se sich sagen, machen Se heidnische Figuren."

„Wenn auch kein' Sünd' dabei wär', ich verstünd' mich nit drauf."

„Sein Se nix ängstlich, ich an Ihrer Stell' würd' mit de Götter ach noch fertig werden. Schnitzen Se ein' Mann, was gar kein Kleidungsstück tragt, wie anstatt 'n Hosenlatz ä Weinbeerblatt und setzen Se ihn af ä Weinfaß, haben Se 'n Bacchus, geben Se ihm in die Hand 'nen Tremmel, werd' es sein der Herakles. Lissen Sie ihm tragen Flügel an de Füß' un ä Stangen, woran sich statt 'er Bretzeln ringeln e poor Schlangen, is der Merkur fertig, de Hauptsach' in der Mythorlogie ist de Natürlichkeit. De Farb' kennen Se ach daran ersporen, machen Se de Figürcher nur recht schmutzig, das is ä Kunstwert, was Platina heißt. Ich besorg' Se, wenn Se wollen ä ganzes Mythorlogien-Buch, worein se alle stehen afgezeichnet, de Götter un de Göttinnen."

„Dös sein dö Weibeln von dö, was nix anhab'n? Schau'n dö auch so aus?"

„Einselweis tragen welche esoi alte Kleidungsstücke; aber wenn Se mer folgen, Herr Kleebinder, so machen Se nor Venussen, se sein immer verkäuflich. Uebrigens was red' ich Ihnen vor, als ob das wär' für Se was ganz Neues? Sieht doch de Venus af ä Hoor gleich der heiligen Eva, af soi ane werd'n Se doch schon ämol essielkuiert haben ä Bestellung?"

„Da irrt's eng (ihr, euch) groß," sagte der Herrgottlmacher überlegen, „z'erst merkt's eng, is d'Eva, so wenig heilig wie der Adam und nachher trag'n dö, 'vor s' der Herr aus'm Paradeis jagt, ein Schurz von Laubwerk und dann, in der Wildnus, ein' von Tierfell."

„Nu, was ä groißer Irrtum!? Lassen Se de Heiligkeit samt'm Laub un 'm Fell weg, so haben Se, was Se brauchen."

Muckerl schüttelte ärgerlich den Kopf. „Dös versteht's ös nit. Nie noch is Adam und Eva verlangt word'n, begreiflich, wer stellt denn auch so was in d'Stub'n, 'n Kindern unter d'Augen?"

„Es gehört ach nix for de Kinder. Schnitzen Se, wie ich gesagt hab', ä Eva un heißen Se se Venus, was liegt daran? Sie werden mer danken, un um ä Vorbild brauchen Sie ach nix zu sein verlegen." Er deutete nach der Küche, wo Helene am Herde beschäftigt war. „Was haben Se vor ä Prachtweibl"

„Pfui Teufl!"

„Wie heißt: Pfui Teufl, wenn andere sagen: Gott, wie schön un lassen Se verdienen dabei ä Geld? Nu, tun Se's, oder tun Se's nix! Ich hab's gemeint gut mit Ihnen. Weil mer aber gerad' vom Geld verdienen; Herr Kleebinder, ich hab' Se verdienen lassen, lassen Se mer ach verdienen."

„Habt's was z'verhausieren?"

„Trag' ich ä Bünkl?" fragte das Männlein beleidigt. „Ich bin ä Agent for ä Lebensversicherungs-Gesellschaft un als solcher, möcht' ich gern machen mit Se ä Geschäft; lassen Se sich versichern."

Muckerl schüttelte abwehrend die Rechte. „Lebensversicherung? Dös kennen mer, ich hab' mer sagen lassen, 's selb' wär' eigentlich a Sterbensversicherung; einer, was lang lebt, find't 's Zahlens kein End' und 'n Vortel hätt' nur der, was sich gleich nach'n ersten Einzahlungen hinlegt und verstirbt."

„Hehe, recht hab'n Se, Herr Kleebinder, es is eigentlich ä Versicherung for'n Todesfall, aber Se glauben gar nix, was ankommt af soi ä Titel! Mer kenn's doch nix heißen: Todesversicherung? Was ä Menge Leut' möchten sich scheuen beizutreten?"

„Heißt's wie d'r will, ich bin nit für's lange Zahlen, noch für's gache Sterben."

„Gott, de Lung' kenn' mer sich 'eraus reden bei de Bauersleut', um se affuklären über das Wesen von de Assekuranz! Wenn ich afzeig' de Vorteile von aner Versicherung for'n Todesfall, 'n Hagelschlag, Brand- un Wasserschaden, Einrichtungsstücke un Reiseunfälle, stehen se nix da und schütteln mit de Köpf' un ferchten un wünschen zugleich aus pur'n Geiz, daß möcht' kommen schon in de erste Zeit 's Sterben un der Hagel un Feuer un Wasser un Geräteschafts- und Körperschaden?! Gott, der Gerechte, wär ä Geschäft das, wobei könnt' florieren ä Gesellschaft! Liegt es doch for jeden vernünftigen Menschen af der bloßen Hand, daß mer kenn' nor aus'n Einzahlungen von Tausende 'erausbezahlen for de wenigen, was ä soi ä Unglück betrifft, ä Vergütung."

„No, dös sein doch schön dumm, was für andere zahlen."

„Des sein de Gescheidten, Herr Kleebinder. Weil keiner von de vielen kenn' wissen, ob er nit morgen werd' sein unter de wenigen, was ä Malör betrifft! Manche tun ach erschrecklich fromm un kümmen zu steigen mit de Redensort, ihr Leben un Hab un Gut stünd' in Gottes Hand, und wenn der se oder de Ihren will treffen, werd' er sie treffen."

„Dö hab'n doch g'wiß recht."

„Recht haben se als fromme Leute; aber es werd' doch nix verstoßen gegen die Frommheit, es werd' doch nix verstoßen gegen die Ergebung in den Willen Gottes, wenn einen trifft ä Schlag von oben, daß unterhält de Assekuranz de Hand, damit es nix ausfällt zu grob?!"

„Dös is mer z'fein. Ich weiß de Assekuranz halt'tschon früher dö Hand unter und dö soll mer ihr füll'n."

„Wie kommen Se mer vor? Aus nix werd' nix! Glauben Se, mer werd' Ihnen unentgeltlich helfen aus ein'm Unglück 'eraus, zu einer Zeit, wo mer müß bezahlen, daß andere kommen 'enein?! Zahlen Se nix for'n Krieg, for de Gefängnissen, for de Findelhäuser, for de Irrenanstalten, for de Spitäler?! Nü?! Was wollen Se also haben umsonst ä Versorgung für Witwen un Waisen, ä Versicherung von Ernte un Grund, ä Schutz vor Feuer un Wasser?! Sein Se gescheidt, lassen Se nix ungenützt vorübergehen de günstige Gelegenheit; unsereiner kommt selten in der Gegend."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621920051 0-17/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger USPD. Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24. Wochentags geöffnet von 9-1 und 4-7 Uhr.

Fernsprecher 1473.

Mitgliederversammlung.

954 **Oppin.**

Dienstag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthof Freiheit.

Der Vorstand.

In einer Stunde vertilgen Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleider-Läuse f. Brut (Nisse), Flöhe b. Mensch. u. Tier. „Sekoida“, pat. gesch. Mittel. Wund. unschädl. Verk. Halle, nur Schurig, Steinweg 10. Postversand.

Amtliche Bekanntmachungen.

Halle.

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Dienstag, den 11. Mai. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 10001—13500, vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 60 Pf. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven und Roßgulasch

in der Talamtschule am Dienstag, den 11. Mai. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 22501—32000, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 32001—43500 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit einer Person eine ½-Kilodose Fleisch- oder Wurstkonserven, an Haushalte mit 2 Personen eine Einkilodose Roßgulasch und an Haushalte mit drei Personen eine ½-Kilodose Fleisch- oder Wurstkonserven und eine Einkilodose Roßgulasch, usw. abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine ½-Kilodose Fleisch- und Wurstkonserven beträgt 5 Mk. und für eine Einkilodose Roßgulasch 11 Mk. Die Roßfleischkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Reis

an Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen in der Talamtschule am Dienstag, den 11. Mai 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der gelb umränderten Lebensmittelscheine mit den Nummern 22501—32000 vormittags von 8 bis 12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 32001 bis 43500 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede zum Bezug berechtigte Person wird gegen Vorlage des Lebensmittelscheines ¼ Pfund Reis zum Preise von 1,50 Mk. abgegeben.

Spiritusmarken-Ausgabe.

Es wird zur Vermeidung unnötiger Anfragen und schriftlicher Anträge darauf hingewiesen, daß nach den neuen Bestimmungen infolge der sehr geringen Zahl von Spiritusmarken keine Marken mehr abgegeben werden dürfen: 1. zu Leuchtzwecken, 2. an Haushalte und einzelnstehende Personen, die den Spiritus zum Kochen benötigen und denen ein Kochofen, Grude oder Gas zur Verfügung steht. Aus Anlaß des bestehenden Kohlenmangels oder der Gassperre dürfen Ausnahmen nicht gemacht werden. Frühaufstehern, welche frühzeitig zur Arbeitsstätte gehen, können ausnahmsweise Marken aber nur dann ausgegeben werden, wenn nach Befriedigung aller Versorgungsberechtigten solche noch zur Verfügung stehen. Die zahlreich eingereichten Anträge, bei denen die erwähnten Voraussetzungen zutreffen, werden als durch diese Bekanntmachung erledigt angesehen.

Ausgabe von Naßpreßstein-Bezugsscheinen.

Auf Grund der Verordnung vom 6. April 1920 über die Kohlenversorgung 1920/21 werden in der Zeit vom 10. bis 15. Mai 1920 in den zuständigen Brotmarkenausgabestellen an alle Haushaltungen, mit Ausnahme der Deputatkohlenempfänger und Untermieter Bezugsscheine über je 250 Stück Naßpreßsteine gegen Vorlage des Lebensmittelscheines ausgegeben. Die Bezugsscheine sind nach Erhalt mit Namen und Wohnung zu versehen und alsdann unverzüglich den Kohlenhändlern zur Belieferung zu übergeben. Den für den städtischen Kleinverkauf angemeldeten Verbrauchern wird Gelegenheit zum Bezuge der Naßpreßsteine im städtischen Verkauf gegeben. Die Bezugsscheine sind mit genauer Adresse versehen und unter Angabe der auf der Kohlenkarte (1. Ausgabe) vermerkten Nummer nach Erhalt unverzüglich im Zimmer 1a der Ortskohlenstelle abzugeben. Für die gewerblichen Verbraucher werden die Naßpreßstein-Bezugsscheine im Zimmer 4 der Ortskohlenstelle ausgefertigt.

Die Ortskohlenstelle.

Verkauf von Nutzhölzern.

Unter den städtischen Holzbeständen bei der Ortskohlenstelle befinden sich Nutzhölzer, wie Eiche, Buche, Pappel, Rüster usw., die für das Stellmacher- und dergl. Gewerbe geeignete Verwendung finden könnten. Diese Nutzhölzer sollen zum Verkauf kommen. Reflektanten wollen mit der Ortskohlenstelle, Marktplatz 22, oder mit der Lagerverwaltung, Hafenstraße, in Verbindung treten.

Die Ortskohlenstelle.

Delitzsch.

Städtischer Lebensmittelverkauf.

Butter von Dienstag, den 11. Mai an, 25 Gramm für 75 Pfg. Viktoria-Erbsen von Dienstag, den 11. Mai an auf Abschnitt Nr. 128 der Lebensmittelscheine je ½ Pfund für 2,10 Mk. bei Abendroth, Blättermann, Döring, Gottschalk, Hesse, Hoyer, Konsum-Verein, Münzer-Markt, Franz Naumann, Pönitzsch, Reichart, Richard Werner, F. A. Werner, Leipziger Straße. Kartoffeln, 11. Woche, 3 Pfund, das Pfund für 20 Pf. Krankenbrot vom 17. Mai an, bei Frohne, Gutezeit, Seugling und Voigt, Hallescheštraße auf Weißbrotkarten für Kinder und Kranke 325 Gramm für 98 Pf. Margarine vom Dienstag, den 11. Mai, an auf Butterkarten der 21. Woche je 100 Gramm für 8,70 Mk. Nährmittel für Kinder, Kranke und Personen über 70 Jahre auf Weißbrotkarten wöchentlich je ½ Pfund Hafermehl das Pfund für 2 Mk., oder ½ Pfund Auslands-Grieß für 2,90 Mk. das Pfund in den Bäckereien Bröse, Max Hennig und Weißer. Speisebohnen von Dienstag, den 11. Mai, an gegen Vorzeigung der Brotkarte je ½ Pfund für 2,10 Mk.

Delitzsch, den 8. Mai 1920.

*393 Der Magistrat.

Oeffentliche Wählerversammlungen im Saalkreis:

Dölau.

Mittwoch, den 12. Mai 1920, abends 8 Uhr, in Dierschkes Lokal.

Rauenn.

Mittwoch, den 12. Mai 1920, abends 7½ Uhr, im Gasthaus Wenkel.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:

Reichstagswahlen.

Protest gegen die Erdrosselung Sowjet-Rußlands, Protest gegen die Verurteilung Kilians.

Redner die Genossen: Stadtverordneter **Hildebrandt**, Kandidat zur Reichstagswahl, und **Bürger**, Halle.

Wählerinnen und Wähler!

Auf zur Versammlung! Auf zum Protest!

Sozialdem. Verein für Halle-Saalkreis (USPD., gegr. 10. April 1889).

957 J. A.: Kasparek.

Auf, zum Frauentag!

Oeffentl. Frauen-Versammlung

am Montag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, im Volkspark, Burgstraße 27 (Großer Saal).

Ammendorf

am Dienstag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthof zu Radewell.

Rednerin: Genossin **Wackwitz**, Weißenfels, Kandidatin zur Reichstagswahl.

Lochau

am Mittwoch, den 12. Mai, abends 8 Uhr.

Teicha

am Donnerstag, den 13. Mai, abends 8 Uhr.

In allen Versammlungen Tagesordnung:

Frauen, heraus zum Kampf!

Genossinnen und Genossen, werbt für guten Versammlungsbesuch.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins (USPD.)

J. A.: Kasparek. 953

Verband der Obstpächter und -Händler des Regierungsbezirks Merseburg

Sitz: Halle a. d. S.

Freitag, den 14. Mai, nachmittags 1½ Uhr, im großen Saale des Vereinshauses St. Nikolaus, Nikolaistr. 9/11:

Große öffentliche Generalversammlung

der berufsmäßigen Oebster des Regierungsbezirks Merseburg.

Tagesordnung:

Wie stellen sich die berufsmäßigen Oebster zu den diesjährigen Obstverpachtungen?

Hierauf freie Aussprache.

Alle Oebster sind herzlich eingeladen, keiner darf fehlen. Eintritt frei.

951 Der Vorstand.

Ia. Dauer-Wäsche Marke „Waschbär“

Form 24 in 5 und 6 cm am Lager. Dieselbe Form in Papier. Fabrikat Mey & Edlich. 5 cm Dtzd. 4,75, 6 cm Dtzd. 5,25. Dauerwäsche-Vertrieb

Kleiner Berlin 2, 1 Tr. rechts, Ecke Sternstraße. 627

Sohlleder-Ausschnitt, Gummi-Absätze und -Ecken.

*46 Lederhandlung, Brüderstr. 13.

Eilenburg.

Kartoffelversorgung.

Die Kartoffelmarken bis Nr. 32 sind bis Ende nächster Woche einzulösen, da sie sonst ihre Gültigkeit verlieren.

Eilenburg, den 7. Mai 1920.

Der Magistrat.

Frauenschutz, die Ehe ohne Sorgen. Frauenspülspritzen. Preisliste geschlossen zu 50 Pf. durch
878 Versandhaus Germania, Halle a. d. S., Landsberger Str. 5 1 Tr.

Kopfläuse u. Brut vernichtet radikal Laüsto, Stark riechend.
*45 Flasche 5,00 Mark, zur Kur ausreichend in Apotheken u. Drogerien zu haben. Wo nicht erhältlich, schreibe man an Neopharm, Hannover 46

Hallische Genossenschafts-Buchdruckerei e. G. m. b. H.

Mittwoch, den 12. Mai, abends ½8 Uhr, im „Volkspark“:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Antrag der Verwaltung betr. Aufnahme von Darlehen.
2. Aufhebung des Pachtvertrages mit der Gesellschaft Gewerkschaftshaus und Uebernahme desselben in eigene Verwaltung.

Der Vorstand. 797

Franz Günther. Richard Hagenbüchner.

C.T. Gr. Ulrichstraße 51, Fernruf 4681. Einlass 3½ Uhr. Beginn 4 Uhr.

Erstaufführung! 958

Das Haus der Unschuld!

Schauspiel in 5 Abteilungen mit **Lya Mara** in der Hauptrolle.

Vorführung: 4.50 6.55 9.00.

Katinka! Lustspiel in 4 Akten mit **Erika Glässner.**

U.T 959

Leipziger Straße 88 Fernruf 1224	Alte Promenade 11a Fernruf 5738
Lotte Neumann in dem Schauspiel in 4 Akten: **Der Weg der Grete Lessen** nach dem Roman von Paul Lindau **Arme Mädchen.** Vorführ.: 5.00, 7.10, 9.30.	**Die schwarze Kugel.** Drama in 4 Akten. Hauptdarsteller: **E. Bachmann, Liane Haidt.** Vorführ.: 4.50 7.00 9.20
Konrad Dreher i. d. Volksstück i. 3 Akt. **„Lolos Vater“.** Vorführ.: 4.10, 6.20, 8.30. D. neuest. Wochenberichte	**Leo Peukert** in dem tollen Lustspiel in 3 Akten: **Leo und seine zwei Bräute!** Vorführ.: 4.00 6.10 8.20
Beginn 4 Uhr.	Beginn 4 Uhr.

Thalia-Theater.

Täglich große internationale **Ringkampf-Konkurrenz** um die Meisterschaft von Europa und 10 000 Mk. in bar.

Heute, Montag, den 10. Mai, ringen:

Görner, Deutschland gegen Jankowsky, Masuren
Buchheim, Deutschland gegen Huber, Schweiz

Entscheidungskampf: *398

Schwarzbauer, Norddeutschland gegen Roland, Europa.

Vorher d. brillante Varietee-Programm. Alles Nähere, sowie Verkaufsstellen siehe Anschlagsäulen.

Einheitspreise: 4,50 u. 2,90 einschl. Kartensteuer. Kassenöffnung 6¾ Uhr. Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater Täglich abends 8 Uhr: Nur noch 5 Aufführungen! **„Der vertauschte Anton“** mit **Paul Beckers** in der Hauptrolle. 949 Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

962 **Walhalla-Operett.-Theater.** Anfang 7½ Uhr. Heute und folgende Tage die mit enormen Erfolg gegebene Nedbalsche Meisteroperette: **Polenblut.** Kasse v. 10—1½ u. 5 Uhr an ununterbrochen.

Stadttheater. Dienstag, den 11. Mai, Anfang 7½, Ende 10¼ Uhr: **Vor Sonnenaufgang.** 946 Mittwoch: Hans Heiling.

Bad Wittekind Dienstag, den 11. Mai, nachmittags 3½ Uhr: **Kur-Konzert** vom Philharm. Orchester. Leitung: Obermusikmeister K. Steuer. *399 Eintrittspreise: Erwachs. 1 M, Kind. 80 Pf. Mittwoch, den 12. Mai, abends 8 Uhr: **Abend-Konzert.**

Konsumverein für Großtreben und Umg. e. G. m. b. H.

Sonntag, den 23. Mai, nachm. 2 Uhr, in Schuberts Gasthof in Großtreben:

Generalversammlung.

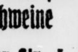
Tagesordnung:

1. Erhöhung der Haftsumme (§ 46 des Statuts).
2. Verschiedenes.

Der Aufsichtsrat.

Wilhelm Nölle, Vorsitzender. *394

Dienstag, früh 7 Uhr,



steht ein Transport **großer und kleiner Läufer** sowie **extragroßer Futterschweine** preiswert zum Verkauf.

O. Bruchardt, Trothaer Str. 4. Telephon 3569. 956

Auktion.

Dienstag, den 11. Mai, 10 Uhr, Besichtigung von 8 Uhr, werden im Burg-Theater, Gr. Gosenstraße 12, meistbietend versteigert: 5,0 cbm Bauhölzer, Mauersteine, Stufen, 1 Treppe, 10 versch. Türen, mehrere Heiz- u. Kochöfen, 150 versch. Stühle, 1 Büfettisch, 1 32flammiger Bronze-Kronleuchter, Banschienen usw. 922

Parteischriften empfiehlt Volks-Buchhandlung.

Schloß Freiimfelde. Dienstag, den 11. Mai: **Geflügel-Preis-Skaten.** 948 Anfang 7 Uhr. Es ladet freundlichst ein Hermann Krüger.

Gt. Sammet-Ueberzieher, n. Milit.-Manchest.-Anzug, 1 Paar engl. Militär-Schuhe (Gr. 28), dauerh., 1 Rucksack zu verkaufen. 945 Schülershof 6 I.

Benzol, Oele kauft jeden Posten **C. Köhler,** Maschinen- u. Apparatebau. Kleiner Sandberg 23. Tel. 5192. 122

Wohnungstausch. Suche meine Wohnung (Stube, Kammer, Küche) gegen 2 Stuben, Kammer, Küche zu tauschen. *801 Näheres Schmidt, Ammendorf, Mittelstr. 9/10, Hof 2 Tr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200510-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 10. Mai 1920.

Der Kilian-Prozeß vor dem Reichsgericht.

Die Revision verworfen.

Bekanntlich wurde der A.-R.-Vorsitzende, Genosse Kilian, am 12. Dezember 1919 wegen „unbefugter Bildung bewaffneter Haufen, wegen Freiheitsberaubung in zwei Fällen und wegen Aufreizung zum Klassenhaß" von der Netzbandt-Kammer zu drei Jahren Gefängnis verurteilt unter Anrechnung von acht Monaten Untersuchungshaft. In der Begründung des Urteils hieß es damals, Kilian habe als Vorsitzender des Hallischen Arbeiterrates danach getrachtet, die Macht in Halle an sich zu reißen, und darauf hingewirkt, die Regierung zu stürzen. Dem Militärbevollmächtigten Ferchlandt vom Soldatenrat habe er dabei als sein Werkzeug benutzt. Kilian sei bestrebt gewesen, sich die Presse, den Soldatenrat und die städtische Gewalt zu unterjochen. **Wegen der Besetzung der Halleschen und Saale-Zeitung hat das Gericht eine Strafe von acht Monaten Gefängnis ausgesprochen.** Die Bewaffnung der Arbeiter habe bereits im Dezember 1918 eingesetzt. Am 10. Januar sei dann eine Ladung Waffen ins Stadthaus gekommen und dort von Kilian in Empfang genommen worden. Im Stadthaus hielten sich damals Zivilisten auf. Am 11. Januar habe Kilian nach einer Arbeiterrats-Sitzung erklärt, die Arbeiter müßten bewaffnet werden; auch sei ein Beauftragter Ferchlandts mit Kilian nach Leipzig gefahren, um für Halle bewaffnete Hilfe zu holen. Am nächsten Tage habe eine Bewaffnung der Ammendorfer Arbeiter stattgefunden. Hinter all diesen Dingen habe Kilian gesteckt, und das Gericht verurteilte Kilian deswegen „mit Rücksicht auf die schwere Gefahr, welche für die gesamte Bürgerschaft daraus entstehen konnte", zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis. Wegen der Verhaftung Hartungs und des Studenten Lange wurde er zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Am 1. März, als General Maercker in Halle einzog, habe ihm Kilian in der Post versprochen, in Wort und Schrift auf die Bevölkerung beruhigend einzuwirken. Statt dessen habe er sich an dem aufhetzenden Flugblatt: Ordnung oder Gewalt beteiligt. Wegen dieser Tat hat das Gericht gegen den Angeklagten ein Jahr Gefängnis ausgesprochen. Das Gericht hat diese Strafen zusammengezogen und auf drei Jahre Gefängnis erkannt.

Gegen dies Urteil hatte Genosse Kilian Revision eingelegt. Ein halbes Jahr brauchte der schwerfällige, bureaukratische Justizapparat, bis es zur Verhandlung vor dem Reichsgericht kam. Am Sonnabend, den 8. Mai, wurde nun endlich vor dem 3. Straffenat des Reichsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten von Pelargus über die Revision verhandelt. Es war „politischer Kehraus" vor dem Reichsgericht, waren doch unter den 23 angesetzten Revisionsterminen eine ganze Reihe von politischen Urteilen aus Halle und Naumburg. Reichgerichtsrat Dr. Krause verlas als Berichterstatter nach Bekanntgabe des Urteils den von der Netzbandt-Kammer formulierten „Tatbestand" nach den Akten. Wenn man nicht fünf Wochen lang Tag für Tag den Prozeß in Halle miterlebt hätte, könnte man sich kaum ein klares Bild, geschweige denn ein Urteil über all die Dinge, die hier in rascher, knapper Form vorgetragen werden, machen. In trockenem Juristendeutsch wurden die bekannten Anklagepunkte aufgerollt. Auch gesetzliche Verordnungen über die Befugnisse der Arbeiterräte und viele Zeugenaussagen wurden verlesen. Alles sind Aussagen, die Kilian belasten; von entlastenden scheint wenig oder nichts in den Akten zu stehen.

Rechtsanwalt Robert Herzfeld (Berlin) focht darauf in klaren, scharfumrissenen Ausführungen das Urteil folgendermaßen an: Bei der Stellung des Ultimatums durch den A.-Rat sei vom Magistrat keine Amtshandlung verlangt worden, sondern lediglich das Zugeständnis, daß der A.-Rat die Befugnis des Kontrollrechtes erhalten sollte. Von einer Drohung könne dabei keine Rede sein, sondern Kilian habe nur darauf hingewiesen, daß die Menge hinter ihm stehe. Wenn die Menge dabei unten auf dem Markte stand und für ihre Forderungen demonstrierte, so sei das keine Beraubung der Beschlußfähigkeit des Magistrat gewesen. Sogar der Jurist Geheimrat Finger habe ausdrücklich als Zeuge erklärt, daß er sich nicht in seiner Entschlußfreiheit beengt gefühlt habe. Zu den Fällen der „Bandenbildung" macht das angefochtene Urteil Erörterungen darüber, inwieweit das revolutionäre Recht vom Angeklagten in Anspruch genommen werden konnte, und gelangt zu dem Ergebnis, wenn Kilian sich zu dem, was er unternahm, für berechtigt hielt, dann liege ein strafrechtlicher Irrtum vor. Kilian wollte und kann nicht behaupten, daß das Strafgesetzbuch aufgehoben war, sondern er nahm an, daß durch Hinzufügung neuer Rechtsgebiete die Rechtslage geändert sei. Er habe geglaubt, es sei neben dem bestehenden Recht ein neues, erweitertes Recht der revolutionären Organe entstanden. An Hand von verschiedenen Verordnungen des Vollzugsrates wies Vert. Herzfeld nach, daß Kilian zu dieser Ansicht gelangen konnte. — Die Verhaftung Hartungs und Langes sei, wie im Urteil festgestellt ist, durch den Sicherheitsdienst des A.- und S.-Rates erfolgt, weil große Teile der Hallischen Arbeiterschaft über die ungesetzliche Verhaftung Ferchlandts in großer Erregung waren. Es handle sich also um eine Festnahme durch den Sicherheitsdienst, zu welcher dieser nach der Verordnung des Vollzugsrates vom 23. November 1918 befugt war. Und auch Kilian hielt sich auf Grund dieser Bestimmung für befugt. Wenn man sich aber nicht auf diesen Standpunkt stelle, so liegt ein außerstrafrechtlicher Rechtsirrtum vor. Genau so liege der Fall hinsichtlich der „Bandenbildung". Wenn es im Urteil heißt, gegenrevolutionäre Bestrebungen seien nicht im Gange gewesen, so müsse er sagen, daß „Gegenrevolution" kein Rechtsbegriff sei, sondern es komme darauf an, ob Kilian daran geglaubt habe. Und bei objektiver Betrachtung der späteren Entwicklung müsse man den Befürchtungen Kilians recht geben.

Wenn das Urteil Ferchlandt als Werkzeug Kilians bezeichnet, so ist dies nach § 262 der Strafgesetzordnung vollkommen unzureichend. Es heißt nur in dem Urteil: Das Gericht hat die Ueberzeugung. Aber diese „Ueberzeugung" ist weder durch Tatsachen noch durch Zeugenaussagen belegt. Zur Freiheitsberaubung müsse noch angeführt werden, daß Kilian in jener entscheidenden Sitzung des S.-Rates nur als Berater im S.-Rat war, und als solcher habe er den Rat gegeben, man solle Hartung nicht freilassen. Es könne Kilian nicht dafür verantwortlich gemacht werden, wenn der Vorsitzende des S.-Rates keine eigene Entschlußfähigkeit gehabt habe und dem Rat Kilians gefolgt sei. — In dem Flugblatt „Ordnung oder Gewalt", bei dessen Abfassung Kilian mitgeholfen haben soll, ist mit keinem Wort zu Gewalttätigkeiten aufgereizt, wie es der § 130 verlange. Es wird lediglich zur Fortsetzung des Generalstreiks aufgefordert. Da ferner die Truppen, gegen die sich das Flugblatt wendet, nach dem Gesetz keine Bevölkerungsklasse bilden, so könne der § 130 überhaupt nicht in Anwendung kommen. Aus all diesen Gründen beantragte der Verteidiger, dem Antrage Kilians auf Revision des Urteils stattzugeben.

Der Reichsanwalt Hauck hielt in längeren Ausführungen das Urteil in allen Punkten für gerechtfertigt, ohne im einzelnen die Einwürfe Herzfelds zu widerlegen. Er beantragte, die Revision zu verwerfen, da es im Urteil heiße, Kilian sei sich der Strafbarkeit seiner Handlungsweise bewußt gewesen.

Das Urteil lautete demgemäß: **Die Revision wird als in allen Punkten unbegründet verworfen.**

Wir sind über den Spruch des höchsten Gerichtshofs, so unverständlich, ja aufreizend er wirkt, nicht im geringsten erstaunt. Wer da glaubt, die in der Hochburg der Reaktion thronenden obersten Hüter der „Gerechtigkeit" würden gerade in der jetzigen Zeit sich bemühen, die dem Kilian-Prozeß zugrundeliegenden Dinge anders zu betrachten als die Tatrichter der Netzbandt-Kammer, der befindet sich in einem gewaltigen Irrtum. Von Richtern des alten kapitalistischen Klassenstaates zu verlangen, daß sie sich in den Gedankengängen eines Revolutionärs zurechtfinden, ist einfach unmöglich. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß die Justiz die schlimmste Feindin des revolutionären Proletariats und die schneidigste Waffe der Gegenrevolutionäre ist, dann ist dies durch den Kilian-Prozeß mit aller Deutlichkeit erwiesen worden. Und mit allem Nachdruck muß auf die Notwendigkeit einer schleunigen Justizreform im Wahlkampfe hingewiesen und den Massen gesagt werden, daß revolutionäre Arbeiter auf Jahre ins Gefängnis geworfen werden, während hochverräterischen Militaristen kein Härchen gekrümmt wird.

Noch ein Reichsgerichtsurteil gegen Arbeiterräte.

Ebenfalls vor der Netzbandtkammer waren die zwei Arbeiterräte, die Genossen Peter und Edner aus Könnern am 9. Januar 1920 wegen „Nötigung" zu einem Jahre bzw. fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Es handelte sich in dem Prozeß um die Bewaffnung des Bürgertums in Könnern, die im September vorgenommen wurde und die in der Arbeiterschaft die größte Beunruhigung hervorrief. Genosse Peter als Arbeiterrat fühlte sich verpflichtet, dem Bürgermeister die Befürchtungen der Arbeiter mitzuteilen und ihn aufzufordern, die Waffen, die, man wußte nicht woher, bei Nacht und Nebel gekommen und verteilt waren, zu beschlagnahmen. Die Arbeiter waren in heller Empörung zum Genossen Peter gekommen und hatten ihm erklärt, sie würden die Arbeit niederlegen, wenn die Maßnahme nicht rückgängig gemacht würde. Genosse Peter teilte das dem Bürgermeister mit und wies ihn eindringlich auf die Folgen eines solchen Streiks hin. Könnern wäre ohne Kohlen, also auch ohne Licht, Wasser und Brot gewesen. Auch Genosse Edner übermittelte dem Bürgermeister die Stimmung unter den Bergarbeitern in Gerlebogk, deren Betriebsrat verlangte, daß die Waffen in Gewahrsam kämen. Wegen dieser Warnung vor einem Streik, in der das Gericht eine Nötigung erblickte, wurden die beiden Genossen zu der harten Strafe verurteilt.

Gegen dies Urteil hatten sie Revision eingelegt und es wurde am Sonnabend ebenfalls vor dem 3. Straffenat des Reichsgerichtes darüber verhandelt. Der Verteidiger Dr. Strauch wies nach, daß Peter und Edner nur die Wünsche der Arbeiter wiedergegeben hätten. Beide hätten mit allen Mitteln gewollt, daß der Streik nicht stattfindet. Unter solchen Umständen könne man nicht mehr von einer Drohung sprechen. Es war lediglich ein Hinweis, höchstens eines Warnung, daß ein Streik ausbrechen würde. Falls man nun doch eine Drohung annehme, so müsse man sich fragen, ob sie rechtswidrig war, da die Arbeiterschaft nicht nur für wirtschaftliche, sondern auch für politische Ziele streike. Und wenn der Zweck eines solchen Streiks genannt wird, so liegt darin schon eine bestimmte Drohung. Es muß also darüber entschieden werden, ob die Arbeiterschaft von Könnern wegen der Verweigerung der Auslieferung der Waffen streiken darf, oder ob ein Streik nur aus wirtschaftlichen Gründen erlaubt sei. Da die Regierung anläßlich des Kapp-Putsches selbst zum Generalstreik aufgefordert habe, so sei diese Frage schon entschieden. Urteil: Die Revision Peter und Edner wird als unbegründet verworfen.

Das Reichsgericht hat damit festgestellt, **daß der Generalstreik ebenfalls „rechtswidrig" ist.**

Die Wählerlisten lückenhaft?

Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufstellung der Wählerlisten eine sehr schwierige gewesen ist und zwar einmal wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit und dann auch wegen der Unvollständigkeit der Hauslisten und der Melderegister, die darauf zurückzuführen ist, daß die Hauslisten von den Haushaltungsvorständen sehr mangelhaft ausgefüllt sind und An- und Abmeldungen vielfach gar nicht, zum Teil aber auch recht unzuverlässig erfolgen. Wer seines Wahlrechts also nicht verlustig gehen will, der versäume nicht die Einsichtnahme der Listen während der Auslegefrist. Nach Ablauf dieser Frist können Aufnahmen in die Listen nicht mehr stattfinden.

* **Die Angestelltenbewegung.** Der überfüllte große Volksparksaal am gestrigen Sonntagvormittag zeigte, wiedie kaufmännischen und technischen Angestellten ein ernstes Interesse an der überaus notwendigen Besserung ihrer wirtschaftlichen Notlage haben. Die Tarifkommission erstattete der Versammlung zunächst Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Obwohl die Forderungen im allgemeinen unzureichend durch die Arbeitgebervorschläge erfüllt wurden, empfahlen die Organisationsvertreter im Interesse des wirtschaftlichen Friedens ihren Kollegen die Annahme der Arbeitgebersätze, soweit es diejenigen der Industrie angehe. Sämtliche Organisationsvertreter, auch die der technischen Angestellten, gaben für ihre in der Industrie beschäftigten Kollegen die bündige Erklärung ab, daß sie trotz ihrer Bereitwilligkeit zur Annahme der ihnen gebotenen Gehaltssätze, selbstverständlich mit allen ihren Kollegen der übrigen Berufsgruppen Solidarität üben werden, wenn es gilt, deren bisher noch nicht erfüllte Tarifforderungen durchzusetzen. Die Erklärung löste naturgemäß einen Beifallssturm der dabei interessierten Kollegenschaft des Groß- und Einzelhandels aus. Herr Blumenschein vom Bund der Technischen Angestellten ging dann nochmals zusammenhängend auf die gegenwärtige Bewegung ein. Er betonte, daß gerade die Angestellten eine viel bessere disziplinierte Masse darstellen müßten, um sichere Erfolge erzielen zu können. Mit Nachdruck hob Blumenschein hervor, daß vor allen Dingen die Auffassung der Angestellten, „sie seien etwas Besseres als die Arbeiter", ausgemerzt werden müßte. Nach einer äußerst lebhaften Diskussion wurde noch folgende Resolution angenommen: „Die am Sonntag, den 9. Mai, im Volkspark versammelten weiblichen Angestellten haben mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß die Hallischen Arbeitgeber beabsichtigen, die weiblichen Angestellten in ihrem Arbeitsverdienst zu kürzen. Gemeinsam mit ihren männlichen Kollegen fordern die weiblichen Angestellten die gleiche Bezahlung bei gleicher Leistung.

* **Wer „glatt freigesprochen" wird.** Wie noch erinnerlich, haben anläßlich der ersten Aufführungen der Tragödie „Das Paradies" von Hans Rehfisch deutschnationale Radaustudenten und grüne Jungens von den Franckeschen Stiftungen ihre akademische Bildung durch Fußscharren, Pfeifen und allerlei Lärm bewiesen. Natürlich mußte der Intendant Sachse das Publikum vor diesen rüden Radaumachern schützen. Er hatte deshalb bei der dritten Aufführung am 22. Januar den Polizeikommissar ersucht, einzuschreiten, wenn wieder Lärm entstünde. Neben verschiedenen Akademikern und Reserveleutnants wurde auch ein Herr von Eberstein festgenommen. Später erhielt er ein Strafmandat über 10 Mk, gegen welches er gerichtliche Entscheidung beantragte. Vor dem Schöffengericht gab nun am Sonnabend der adlige Radaumacher zu, daß er durch lautes Lachen und Scharren mit den Füßen sein Mißfallen über das Stück zum Ausdruck gebracht habe, auch habe er mit dem Taschentuch geschwenkt. Ein Polizeibeamter erklärte als Zeuge, daß das im Zuhörerraum verteilte Polizeiaufgebot Befehl gehabt habe, sofort jeden hinauszuführen, der die Aufführung störe. Völlig unverständlich und in unglaublicher Verstellung der Tatsachen griff der Verteidiger das Stadttheater, das dem Publikum ein mißfälliges Stück „aufzwingen" wolle, an. Es sei ein gutes Recht des Publikums, ein Stück abzulehnen oder anzunehmen. In früherer Zeit habe man die Schauspieler sogar mit Aepfeln und faulen Eiern beworfen. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung des Verteidigers an und sprach, wie die kappistische „Ordnungspresse" stolz verkündet, den Angeklagten „glatt" frei. Und die Moral von der Geschicht? Das Theater ist in Zukunft noch mehr wie bisher dem deutschnationalen, antisemitischen Terror ausgeliefert.

* **Die neuen Militärversorgungssätze und die Kriegsopfer.** In einer Versammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten referierte Kamerad Fiedler über die neuen Militärversorgungsgesetze. Das Referat und die folgende rege Aussprache zeigten deutlich, daß die Mehrzahl der Kriegsopfer mit dem neuen Gesetz durchaus nicht in allem einverstanden ist, wie kürzlich eine hiesige Zeitung im Hinblick auf den schwachen Besuch der öffentlichen Protestversammlung im Walhallatheater anzunehmen glaubte. Bei aller Anerkennung der im neuen Gesetz „verankerten" Verbesserungen richtete sich die Unzufriedenheit der Kriegsopfer vor allem gegen die vorgesehene Zusammensetzung der gesamten Versorgung aus einer Menge von Zulagen den Wegfall der Renten unter 20%, des Ruhens eines Teiles der Rente bereits bei einem Einkommen von 5000 Mk. und die Abweisung des Anspruches auf Heilbehandlung der Kriegshinterbliebenen. Am schärfsten protestierte man gegen die geheimnisvolle Vorberatung des Gesetzes innerhalb der Regierung und der Koalitionsparteien, die über den Entwurf keine öffentliche Diskussion zugelassen hatten. Man beschloß, sich mit allen Mitteln für die Beseitigung der erwähnten Mängel einzusetzen. Einstimmige Annahme fand ein Antrag, seitens des städtischen Ernährungsamtes den Kriegshinterbliebenen und Schwerkriegsbeschädigten Lebensmittelscheine für Minderbemittelte zu bewilligen. — Neben einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen wurde noch auf den Anfang Juli in Halle stattfindenden Gautag für Sachsen-Anhalt hingewiesen.

* **Arbeitsvermittlung an Kriegsbeschädigte.** Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg schreibt uns: Bei den dem Landesarbeitsamte Sachsen-Anhalt angeschlossenen öffentlichen Arbeitsnachweisen meldeten sich im ersten Viertel dieses Jahres 1545 stellungsuchende Kriegsbeschädigte gegenüber 1778 in derselben Zeit des Vorjahres. Vermittelt wurden in den genannten Perioden 1196 bzw. 916. Demnach entfielen auf 100 neugemeldete arbeitsuchende Kriegsbeschädigte im 1. Quartal 1920 rund 77,5, im 1. Quartal 1919 rund 51,5 Vermittlungen.

* **Republikanische Straßentaufe.** Auf Anregung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion hat das Stadtverordnetenkollegium einstimmig, also einschließlich der Deutschnationalen, beschlossen, einen Platz August-Bebel-Platz zu nennen. — So wird aus Köln berichtet. Der August-Bebel-Platz liegt in unmittelbarer Nähe der Stelle, wo die vor einigen Jahren der Entfestigung zum Opfer gefallene Kasematte stand, in der August Bebel am 22. Februar 1840 als Sohn eines preußischen Unteroffiziers das Licht der Welt erblickte. Oberbürgermeister Adenauer, ein Zentrumsmann, würdigte unseren Bebel in einer kurzen Ansprache als einen großen Sohn Kölns. Wir wären neugierig, zu erfahren, wie sich unsere Hallischen Kommunalgrößen bei Stellung eines ähnlichen Antrages verhalten würden.

* **Die Entnahme von Gas durch Münzgasmesser** erfährt insofern eine Aenderung, als von dem bisherigen Verfahren, bei Entleerung des Kasseninhaltes den Unterschied zwischen dem vorausbezahlten Betrage und der nach dem Zählwerk wirklich zu entrichtenden Summe durch besonderen Aufschlag nachzuerheben, abgegangen werden soll. Die Münzgasmesser werden in Zukunft als gewöhnliche Gasmesser behandelt und der volle Betrag nach dem mit Ende April in Kraft getretenen Tarifpreise unter Vorlage einer Rechnung einkassiert werden. Die Kassetten werden in Kürze entfernt und die Verschlüsse geöffnet, so daß die nach wie vor notwendige Betätigung des Automatenwerks mit Hilfe ein und desselben Geldstückes jederzeit möglich ist.

* **Volkshochschule.** Wegen Ueberfüllung und weiterer Kartennachfrage für die Arbeitsgemeinschaft: „Deutsche Dichtungen klassischer und moderner Dichter", die Universitätslektor Dr. Wittsack leitet, wird ein Parallelkursus eingerichtet. Beginn: Dienstag, den 18. Mai, abends ½9 Uhr, Hörsaal 16 der Universität. Vortragsabende: 18. und 25. Mai, 1., 8., 15., 22. und 29. Juni, 6., 13. und 20. Juli 1920. Karten werden ab heute im Bureau der Schulverwaltung, Rathausstraße 4 I, Eingang Kleine Steinstraße, abgegeben. Dienststunden von 8—3 Uhr.

* **Druckfehlerberichtigung.** Bisher haben wir von der Berichtigung der täglich vorhandenen zahlreichen Druckfehler abgesehen, da sie zum Teil auf technischen Schwierigkeiten beruhen. In den Bericht über die zweite Wählerversammlung in der Sonnabendnummer haben sich jedoch soviele sinnentstellende Druckfehler eingeschlichen, daß wir deren Berichtigung für unbedingt notwendig halten, da der Leser nicht ohne weiteres das Richtige finden wird. In Zeile 48 der ersten Spalte muß es selbstverständlich „wenige Jahre vor dem Kriege" (nämlich 1912) heißen, nicht wenige Tage. In Zeile 36 der zweiten Spalte muß es heißen: „der allein unsere Rettung (nicht Stellung) ist." Das bekannte Sprichwort, das Genosse Kasparek anwandte, lautet natürlich: „Der Angriff ist die beste (nicht letzte) Parade." Der Berichterstatter trägt an den Druckfehlern keinerlei Verschulden.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, abend 7½ Uhr gelangt das deutsche Märchen Königskinder von Ernst Rosmer zur Aufführung. Dienstag: Vor Sonnenaufgang. Mittwoch geht Marschners romantische Oper Hans Heiling in Szene. Spielleitung: August Roesler, musikalische Leitung: Felix Wolfes. Donnerstag: Im weißen Rößl. Freitag Erstaufführung Femina, Lustspiel von Rossem und Soesmann. Sonnabend: Das Dorf ohne Glocke. Sonntag nachmittag: Hannerl, Sonntag abend: Hans Heiling.

* **Im Apollotheater** erzielt allabendlich der beliebte Komiker Paul Beckers mit seiner Gesellschaft einen vollen Lacherfolg. „Der vertauschte Anton", in dem Paul Beckers eine Doppelrolle spielt, verbleibt nur noch bis nächsten Freitag auf dem Spielplan.

Bruckdorf. Zu dem Unglück auf der Grube Alwiner Verein schreibt man uns: Der Revierbeamte schreibt, daß die Angaben über das Verbrennen der Wachskohle unrichtig seien. Die Kohle ist allerdings nicht in dem Maße wie früher auf die Kessel geschüttet worden, sondern nur ab und zu auch in letzter Zeit. Was den Raum betrifft, in dem die Kohle hauptsächlich geschüttet wird (Naßdienst), war es da nicht ebenso leichtsinnig gehandelt, die stark mit Benzol getränkte Kohle in dem Zustande zu verarbeiten? Ist dem Herrn Revierbeamten nicht bekannt, daß in letzter Zeit im Naßdienstkeller zwei Kohlenstaubbrände stattgefunden haben, die tagelang gelöscht werden mußten? Die Brände sind nicht auf Rauchen zurückzuführen, sondern auf direkte Kohlenstaubentzündung. Da vor dem Unglück sämtliche Räume oft stark mit Benzolgasen angefüllt waren, die Brände und frühere Explosionen verursachten, war es da nicht Pflicht des Betriebsführers, einem weiteren Unglück vorzubeugen dadurch, daß dafür gesorgt wurde, daß die Benzolkohle bis zur vollständigen Ausdunstung ins Freie geschüttet wurde? Ferner daß das Rauchverbot vor dem Unglück so streng durchgeführt wurde, wie nach dem Unglück? Die Hauptschuld an dem Unglück trifft nicht die beiden Arbeiter, die vier Tage nach dem Unglück auf der Treppe zu ihrer in den oberen Stockwerken befindlichen Arbeitsstelle betroffen wurden, sondern den Betriebsführer, der trotz der großen Gefahr nichts unternommen hat, dem Unglück vorzubeugen. Darum ist es Pflicht des Bergamtes, diesen Mann seines Postens zu entheben. Diese Angaben können alle Arbeiter und Beamte bestätigen, die nicht aus Angst vor dem Betriebsführer die Aussage verweigern.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200510-17/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Kommunale Beratungsstelle für den Bezirk Halle.

Die für den 11. Mai nach dem Volkspark in Halle einberufene Sitzung der Kommunalen Beratungskommission findet **nicht** statt. Unser Genosse Wurm, der als Referent für diese Sitzung gewonnen war, wurde uns durch den Tod entrissen. Einen anderen Genossen konnten wir infolge der Wahlbewegung jedoch nicht gewinnen. Wir werden uns deshalb bemühen, nach den Wahlen einen Referenten zu gewinnen und lassen alsdann öffentliche Einladungen ergehen.

Kommunale Beratungsstelle für den Bezirk Halle.

Sangerhausen. Die USP. in unserem Kreise ist, wie schon angekündigt wurde, in den Wahlkampf eingetreten. Die Parteigenossen allerorts haben nun die Aufgabe, in diesem Kampf ihren Mann zu stehen. Das schon längst notwendige Parteisekretariat ist jetzt eingerichtet worden und befindet sich in Sangerhausen, Hüttenstraße 60, Telefon 335. Alle Anforderungen von Material, Referenten usw. sind an den Parteisekretär Bause zu richten. Zunächst sind folgende Wählerversammlungen festgelegt: Am Montag, den 10. Mai, (also heute abend) spricht der Abgeordnete Fritz Kunert in Heringen, morgen Dienstag, spricht Genosse Kunert in Kelbra. Am Freitag, den 14. Mai, spricht Abgeordneter Koenen in Sangerhausen. Genosse Kürbs (Halle) spricht am 14. Mai in Hayn, am 15. in Steinbrücken, am 16. vormittags in Sundhausen, am 16. nachmittags in Bielen, am 16. abends in Uthleben. Genossin Wackwitz (Weißenfels) spricht am 15. Mai in Artern, am 16. nachmittags in Wallhausen, am 16. abends in Bennungen. Bezirkssekretär Genosse Oelßner (Halle) spricht am 15. vormittags in Roßla, am 16. mittags in Rottleberode, am 16. abends in Stollberg. Bezirkssekretär Genosse Peters (Halle) spricht am 16. mittags in Blankenheim, am 16. abends in Obersdorf. Genosse König (Mansfeld) spricht am 29. und 30. Mai in Schmalzerode, Bornstedt und Holdenstedt. Für Eckartsberga ist Genosse Saupe (Zeitz) zu einer Versammlung am 14. Mai festgelegt. Am 15. ist Genosse Saupe in Bibra, am 16. morgens in Bucha, mittags in Memleben, abends in Wiehe. Am 17. ist eine Versammlung in Lossa und am 18. in Cölleda festgelegt. Genosse Lehrer Kleine (Bielen) wird Versammlungen in Breitenstein, Straßberg, Breitenbach abhalten. Außerdem wird Abgeordneter Genosse Düwell in Artern, Oberröblingen und Voigtstedt sprechen. Genossen, sorgt für Massenbesuch dieser Versammlungen. Es wird Aufgabe der Parteileitung sein, noch eine Reihe Versammlungen festzulegen. Es soll in diesem Wahlkampf nicht an Aufklärung fehlen, denn es gilt die Bahn für den Sozialismus freizumachen. Dazu sind aber alle Kräfte notwendig. Deshalb auf, Genossen, sammelt euch, schließt die Reihen! Dem Sozialismus gehört die Welt.

Hettstedt. Die Niedertracht der „altherkömmlichen Heimatszeitung", des Hettstedter Tageblattes, wird trefflich durch eine Schmutzattacke, die das genannte Blättchen gegen die USP. reitet, ins rechte Licht gerückt. Gelegentlich des Freispruchs einiger Arbeiter vor dem hiesigen Schöffengericht, hält sich das Tageblatt für berechtigt, unseren Genossen, die als Schöffen fungieren, in der Justizpflege Parteilichkeit vorzuwerfen und darauf die freisprechenden Urteile zurückzuführen. Diese Behauptung ist ungeheuerlich, besonders wenn man die unflätige Art und Weise berücksichtigt, mit der die Beeinflussung der Schöffen begründet wird. Das Sumpforakel meint nämlich, daß nach der Verurteilung einiger Arbeiter den neuen Schöffen von der USP. durch ihre Parteifreunde „gehörig der Kopf gewaschen" worden sei, „und daß auf diese Kopfwäsche die Sinnesänderung zurückzuführen sein dürfte". Sodann benutzt die „altherkömmliche Heimatszeitung" in altherkömmlicher Weise diese Gelegenheit, um die Arbeiterschaft mit Kot zu bewerfen, indem sie schreibt: „Unter dem alten Regime beklagte sich die Arbeiterschaft oft erregt über Messen mit zweierlei Maß bei den Gerichten. Auch jetzt noch zetert die Presse der USP. — siehe Hallesches Volksblatt und besonders Mansfelder Volkszeitung — täglich über Klassenjustiz. Sie soll vor der eigenen Tür kehren, da gibt es, wie oben dargelegt, Schmutz genug. In dieser Tonart geht es noch eine Weile fort, bis der Höhepunkt der Schmutzepistel erreicht wird. Die Kloake rät nämlich jedem, „der etwas ausgefressen hat, das sich nicht mit den Begriffen von Mein und Dein verträgt, sich schleunigst bei der USP. als Mitglied eintragen zu lassen, wenn er es noch nicht ist." Womit gesagt sein soll, daß sich die Unabhängige Sozialdemokratie aus Spitzbuben und Räubern zusammengesetzt. Eine derartige Beschimpfung der klassenbewußten Arbeiterschaft muß nun aber endlich dazu führen, daß das Hettstedter Tageblatt auch aus der letzten Arbeiterfamilie verschwindet.

Bitterfeld. 58300 Mark für einen fünfvierteljährigen Schafbock wurden bei einer Schafbockauktion in der Fleischmerinostammzucht Strohwalde bei Gräfenhainichen erzielt. Dieses teure Tier konnte sich ein Gutsbesitzer und Rittmeister aus einem Dorfe bei Halberstadt leisten. Im Durchschnitt wurden für jeden der 94 Böcke 4720 Mark je Stück bezahlt. Das Ergebnis zeigt das außerordentliche Interesse, das jetzt der Schafzucht zugewendet wird, lassen sich doch für Schafwolle so großartige Wucherpreise erzielen!

Wittenberg. Verkauf von Lebensmitteln. In der nächsten Woche gelangen folgende Lebensmittel in allen einschlägigen Geschäften des Kreises an Versorgungsberechtigte zum Verkaufe: In der Zeit vom 9. bis 15. Mai auf Marken H. V. 5, N. V. 5, H. S. 2 und N. S. 2 je ein Päckchen Süßstoff. Packung H. Von Dienstag, den 11. Mai an auf Marken H. V. 5 und N. V 6 1/4 Pfund Reis. Von Mittwoch, den 12. Mai an auf Marken H. V. 7 und N. V. 7 1/8 Pfund Erbsen. Von Freitag, den 14. Mai an auf Marken H. V. 8 und N. V. 8 1/8 Pfd. Marmelade. Am Sonnabend, den 15. Mai auf Marken H. V. 9 und N. V. 9 Margarine. Auf die Speisefettmarke Nr. 1, gültig vom 9. bis 15. Mai Butter.

— Von den Milchpantschern. Die vielen Milchverfälschungen haben unseren Genossen schon oft Veranlassungen gegeben, in der Stadtverordnetensitzung scharfe Kritik zu üben. Jetzt hatten wieder vier Frauen Strafbefehle erhalten, doch wurde nur eine Frau Heise zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die von ihr gelieferte Milch war auf 0,9 v. H. verdünnt gewesen. Zwei Frauen wurden freigesprochen, eine Sache vertagt. Unsere Genossen haben also recht, wenn sie sagen, daß die Milchpantscher über die Bestrafungen lächelnd zur Tagesordnung übergehen. Es muß eine strengere Kontrolle durchgeführt werden, die einwandfreies Material liefert.

— Eine große Mieterversammlung findet am Montag bei Valtzer statt; Näheres im Inserat.

Liebenwerda. Das wahre Gesicht der Deutschnationalen „Volks"partei kam in einer hier abgehaltenen Versammlung des Bundes der Landwirte wieder einmal zum Vorschein. Denn es zeigte sich offenbar, daß diese Partei hauptsächlich die Interessen der Agrarier vertritt. Wie im wilhelminischen Preußenparlament möchten die Junker auch im künftigen Reichstag die erste Flöte spielen, was den Bund der Landwirte zur engeren Anlehnung an die genannte Partei veranlaßte. Hauptredner der Tagung war neben dem Geschäftsführer des B. d. L. für die Provinz Sachsen der auf der Reichsliste der Deutschnationalen an erster Stelle stehende Winterschuldirektor Hemeter (Elsterwerda), der in seinem Referat eine Schilderung über das Zusammengehen der landwirtschaftlichen Unternehmerorganisationen mit der Deutschnationalen „Volks"partei gab, die er als den Bundesgenossen bezeichnete, welche der Landwirtschaft, womit die Agrarier gemeint sind, die aussichtsreichsten Stellen, nämlich den ersten und dritten Platz auf der Wahlliste gegeben habe. Um den streng konservativen Charakter ganz besonders zu betonen, protestierte man auf der Tagung gegen die Verabschiedung des reaktionären Landrats von Borcke, der die Interessen des Kreises immer „aufs beste vertreten" habe; in kühnem Salto mortale setzt man also die Interessen der Landwirte mit denen aller Kreisbewohner gleich. Um unseren Lesern, vor allem aber den landwirtschaftlichen Arbeitern, die politische Haltung der landwirtschaftlichen Unternehmerorganisation nochmals trefflich zu illustrieren, drucken wir die angenommene Entschließung, die der Regierung in Merseburg und dem Ministerium des Innern übersandt wurde, hier ab: „Die heute in Liebenwerda versammelte Kreisbauernschaft erhebt hiermit gegen die offenbar parteipolitischen Rücksichten entspringende Beurlaubung des Herrn Landrats von Borcke schärfsten Einspruch. Sie ist nach wie vor der Ansicht, daß die Interessen des Kreises von ihm aufs beste und unparteiisch (!) vertreten wurden und fordert daher schleunige Wiedereinsetzung in sein Amt." Von dem Arbeiter, auch dem Landarbeiter, der nach diesen Leistungen am 6. Juni die Liste Hemeter wählen würde, könnte man wahrlich sagen: Nur die allerdümmsten Kälber wählen sich ihre Metzger selber.

Schkeuditz. 60000 Zentner Getreide wurden in den Mühlenwerken Altscherbitz beschlagnahmt, die wegen Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen auf sechs Monate geschlossen wurden.

Torgau. Als Rohlinge schlimmster Art sind ja ein großer Teil der Nosketen längst bekannt. Bei allen Vorgängen im Reiche, wo es sich um die Niederknüppelung der Arbeiter handelte, haben sie dies durch ihre „Taten" zur Genüge bewiesen. Da sie nun gegenwärtig keine Gelegenheit haben, ihren Tatendrang der Arbeiterschaft gegenüber zu verwirklichen, wird es eben auf andere Art versucht. Kommt da vor einigen Tagen ein junges Mädchen mit ihrer Freundin abends gegen 11 Uhr von einem Vergnügen, um nach Hause zu gehen. Unterwegs begegneten den beiden Mädchen drei Reichswehrsoldknechte. Einer von ihnen, der stark angetrunken war, suchte sofort bekannten „Anschluß". Die Mädchen hatten aber nicht Lust, sich mit den Leuten einzulassen, was den Kerl zu Tätlichkeiten veranlaßte. Da das Mädchen sich zur Wehr setzte, versetzte der Noskete ihm Schlag auf Schlag ins Gesicht, bis dem Mädchen das Blut aus Mund und Nase floß und schließlich bewußtlos zusammenbrach. Als Folgen dieses Ueberfalles hat das Mädchen ein blaugeschlagenes Auge, eine ganze Reihe gelockerter Zähne und ein zerrissenes Jackett davongetragen. Der rauflustige Jüngling ist allerdings erkannt worden; er gehört der 2. Husarenschwadron an. Der Vater des Mädchens hat Strafantrag gestellt, doch ahnen wir schon heute, wie die Tat „gesühnt" werden wird.

Magdeburg. Der Streik der Magistrats-Hilfsarbeiter ist beigelegt. Bei Bewilligung der geforderten Gehaltserhöhung würde ihr Mindesteinkommen 612,12 Mk. und das Höchsteinkommen 918,75 Mark betragen haben. Diese Zahlen beweisen, wie bescheiden die Forderungen der Hilfsangestellten waren. Die Verhandlungen zwischen der Streikleitung und den Vertretern des Magistrats haben schließlich zu folgendem Uebereinkommen geführt: Der Magistrat bewilligt eine durchschnittlich 50 Prozent betragende Lohnaufbesserung, sowie eine Kinderzulage. Die weiblichen Kräfte erhalten dasselbe Gehalt wie die männlichen. Die Gehaltsabstufung wird fernerhin nicht mehr nach Alters-, sondern nach Leistungsgruppen erfolgen, deren drei bis vier in Aussicht genommen sind. Die streikenden Hilfsarbeiter haben sich mit diesen Zugeständnissen einverstanden erklärt.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Binnenschiffer

dauert in voller Stärke an. Die glatte Ablehnung jedes Zugeständnisses seitens der Arbeitgeber hat bei den Streikenden große Erregung hervorgerufen. Während die ausständigen Schiffer bisher in der Erwartung einer baldigen Beilegung der Differenzen auf den Fahrzeugen geblieben sind, sind sie jetzt, da sie eine längere Dauer des Streikes voraussehen, nicht mehr zu halten; sie verlassen ihre Schiffe, um nach Hause zurückzukehren, umsomehr, als bei dem verflossenen milden Winter viele Schiffer nicht die sonst übliche Ruhezeit gehabt haben. Die Streikenden halten an den aufgestellten Forderungen, die sie als mäßig und durchaus gerechtfertigt betrachten, fest und sind entschlossen, solange im Ausstand zu verharren, bis diese Forderungen erfüllt sind. Auf keinen Fall sind die Schiffer jetzt mehr dazu bereit, die Arbeit auf die bloße Zusicherung einer Vertragsrevision durch die Arbeitgeber hin aufzunehmen, sondern wollen unbedingt die Wiederaufnahme der Arbeit von dem Ergebnis der Verhandlungen abhängig machen.

Durch diesen Streik ist auch die Lebensmittelversorgung in der Tschecho-Slowakei gefährdet, die aus Amerika über Hamburg Lebensmittel auf dem Wasserwege erhält. Die Prager Regierung wird sich daher veranlaßt sehen, ihrerseits die Vermittlung der deutschen Regierung zu erbitten, um vielleicht auf diese Weise eine schnelle Beilegung des Streikes oder wenigstens die ungehinderte Beförderung der für die Tschechoslowakei bestimmten Schiffsladungen zu erreichen.

Stadttheater.

Das gestrige VII. Sinfoniekonzert vermittelte die Bekanntschaft mit zwei in Halle noch nicht gehörten Kompositionen von Paul Graener, Leipzig. Das erste Opus, sinfonisches Vorspiel zu seiner jüngst an der Dresdener Oper zur Uraufführung gelangten Oper Schirin und Gertraude, macht einen ganz sympathischen Eindruck, kann aber den Zuhörer zu tieferer Anteilnahme nicht hinreißen. Es fehlt der zwingende, in Bann schlagende Lebensstrom, wie es auch am großen Zuge mangelt und der Erfindungsquell nicht gerade allzu stark sprudelt. Ein moderner, des öfteren atonal-harmonischer Einschlag, kann über diesen Eindruck nicht hinwegtäuschen. Im allgemeinen jedoch bewegt sich die Musik auf anerkennenswerter Höhe, ist melodienreich, einschmeichelnd, stark lyrisch durchsetzt. Wie überhaupt auch das zweite, dreisätzige Werk Graeners, betitelt Musik am Abend nach Worten von Hugo von Hofmannsthal, einen in eminentem Maße sich äußernden lyrischen Charakter aufweist. Verträumte Klänge, irdisch losgelöste Sensibilität, Insichhineinlauschen, das alles spinnt sich wie ein Faden durch das ganze Stück und gibt in seiner sensitiven Weichheit und Empfindsamkeit den einheitlichen Grundton für die Gesamtwirkung ab. Der musikalische Wert dieser sinfonischen Dichtung scheint mir im Vergleich zu Graeners gestern erstgespieltem Werk bedeutender zu sein, besonders was Tiefe des Inhalts, Kraft das Ausdruck und Instrumentierungskunst anbelangt. Der Komponist war natürlich seinen eigenen Werken der beste Interpret. Von bereits bekannten Werken bot das sorgsam zusammengestellte Programm Schumanns C-Dur-Sinfonie, lebenbejahend in den Ecksätzen, humorsprühend im Scherzo, zart und innig im Adagio vorgetragen. Smetanas Ouvertüre zur Verkauften Braut erklang mit dem ganzen leidenschaftlichen Temperament seines rassigen Komponisten. Den Schluß bildete Berlioz' Römischer Karneval, ein Werk, das feurig in der Phantasie, durchglitzert von naturwüchsigen Einfällen, fesselnd in der Ausgestaltung, erneut die hervorragende Bedeutung dieses großen französischen Klassikers offenbarte. Das verstärkte Stadttheater-Orchester musizierte mit Lust und Liebe unter der trefflichen Leitung seines erprobten Dirigenten. Der gebührende Beifall blieb deshalb auch nicht aus. Zu verwundern bleibt es nur, wie schwach das Theater besucht war. Mögen die Gründe hierfür sein wie sie wollen, das jedenfalls steht fest, daß bei weiterer Teilnahmslosigkeit des Publikums es sich nicht mehr ermöglichen lassen wird, derartige Sinfoniekonzerte einzurichten. Was auf das entschiedenste zu beklagen wäre. Möge das nächste Sinfoniekonzert besser besucht sein! M.-w.

Kragen, neu, Preis 1 Mark.
Unübertroffenes Präparat z. Reinigen und Auffrischen von Dauerwäsche.
Ferner empfehle:
Abwaschbare Dauerwäsche Kragen, Manschetten u. Vorhemden in weiß und bunt, mit und ohne Leineneinlage.
Extrastarke Kragen — neu — eingetroffen.
Reparaturen und Auffrischen schnellstens. 966
C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41.

Mitteldeutsche Zigaretten- und Tabakfabrik
D. Felixbrodt.
Kleinverkauf: Geiststr. 26.
Wir empfehlen:
Zigarren von **70** Pf. und
Zigarillos von **30** Pf. an.
Zigaretten aus reinen Orienttabaken hergestellt,
in allen Preislagen. 952
Gastwirte und Wiederverkäufer erhalten Marken eigener Fabrikation zu Original-Fabrikpreisen.

Alle Parteischriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlung
Harz 42-44.

Arbeitsmarkt

Tüchtige Zimmerleute
stellt ein *397
J. C. Möbus, Baugeschäft, **Ammendorf.**

Junger, verheirateter Mann sucht Stellung als
Geschirrführer.
*395 **Karl Kunze,**
Langenbogen bei Teutschenthal.

Tüchtige *396
Holzbildhauer
für dauernd sucht
Holzbildhauerei für Bau und Möbel,
Otto Lipkowsky,
Wittenberg, Bez. Halle, Bürgermeisterstr. 14.

Saub., fleiß. Mädchen, 960
kinderlieb, z. sof. Antritt als Aufw. gesucht. Nur solche, denen an dauernd. Stellg. geleg., wollen sich melden Händelstr. 31, II.

Tüchtige, selbständige
Kesselschmiede,
die bereits an **Lokomotivkesseln** gearbeitet haben, werden sofort für **dauernde** Beschäftigung eingestellt. *384
Bühring, Aktien-Ges.,
Landsberg bei Halle.

Ansichts-Postkarten
empf. die Volksbuchhandlung

Hühneraugen
Hornhaut, Ballen und Warzen *1
beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit **Kukirol.** In vielen tausend Fällen glänzend bewährt. Kukirol ist in Apotheken und Drogerien zum Preise von Mk. 2.50 erhältlich. Lassen Sie sich nichts anderes aufreden, es gibt nichts Besseres. In Radewell: Drogerie Meyer.

Mode-Zeitungen
empfiehlt die
Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Gesetz über Betriebsräte
mit Wahlordnung und Anhang.
Erläutert von **S. Aufhäuser.**
Preis 4 Mk. — Porto 20 Pf.
Zu beziehen durch alle **Austräger** des Volksblattes Halle und die
Volksbuchhandlung Halle a. S., Harz 42/44.
Postscheckamt Leipzig Nr. 16105.

Familien-Nachrichten.

Arbeiter-Sängerchor, Halle a. d. S.

Allen Sangesbrüdern die traurige Nachricht, daß am Sonnabend, den 8. Mai, plötzlich und unerwartet unser langjähriger, treuer Sangesbruder, der Maler

Richard Hädicke

verstorben ist.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Beerdigung findet Mittwoch, 12. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Kröllwitzer Friedhofes aus statt. Pflicht aller Sangesbrüder ist es, zu erscheinen.

961 **Der Vorstand.**

Eine fast neue
Schuhmacher-Armmaschine
zu verkaufen. *392
Karl Haase, Zörbig, Kr. Bitterfeld, Leipzigerstr. 39.

Schuhmacher-Werkzeug
Leisten, Schäfte Schuhe, verkauft 944
Mittelstrasse 8, II.

Ansichts-Karten
ernsten u. heiteren Inhalts
Volksbuchhandlung.

Nach kurzem Krankenlager verschied am 8. Mai plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- u. Großvater, der Maler

Richard Hädicke.

Um stilles Beileid bitten: 955

Die trauernden Hinterbliebenen.